DER ARBEITSKAMPF
DER
ENGLISCHEN EISENBAHNER
IM JAHRE 1911

MIT EINEM EINLEITENDEN ÜBERBLICK ÜBER DIE ALLGEMEINEN ENTWICKLUNGSTENDENZEN IN DER HEUTIGEN ENGLISCHEN ARBEITERBEWEGUNG.

INAUGURAL-DISSERTATION

ZUR

ERLANGUNG DER DOKTORWÜRDE

GENEHMIGT

VON DER PHILOSOPHISCHEN FAKULTÄT

DER

FRIEDRICH-WILHELMS-UNIVERSITÄT
ZU BERLIN.

VORGELEGT VON

CHARLOTTE LEUBUSCHER.

ACAD.
LUGD.BAT.
BIBL.

Tag der Promotion: 25. September 1913.

389

Referenten:

Professor Dr. Herkner.

Professor Dr. Sering.

Mit Genehmigung der hohen philosophischen Fakultät kommt hier nur ein Teil der Arbeit zum Abdruck. Die vollständige Abhandlung wird in den „Staats- und sozialwissenschaftlichen Forschungen", herausgegeben von Gustav Schmoller und Max Sering, als Heft 174 im Verlag von Duncker & Humblot in München und Leipzig erscheinen.

München und Leipzig.

Verlag von Duncker & Humblot.

Meinen Eltern.

Vorwort.

Durch eine Studienzeit in Cambridge als Schülerin von Girton College und durch einen daran anschließenden längeren Aufenthalt in England und Schottland im Sommer 1909 wurde ich auf das Studium englischer Verhältnisse hingewiesen. Die Ereignisse des Sommers 1911, insbesondere der Eisenbahnerstreik, gaben mir den unmittelbaren Anlaß, mich speziell mit der englischen Arbeiterbewegung zu beschäftigen. Ich wurde dabei von Herrn Professor L. Bernhard beraten.

Das Material zu vorliegender Arbeit wurde im wesentlichen im Sommer 1912 bei einem zehnwöchentlichen Studienaufenthalt in England gesammelt, wo ich Gelegenheit hatte, mit Vertretern der gewerkschaftlichen und der politischen Arbeiterbewegung sowie der Arbeitgeberkreise und mit sonstigen in der sozialen Bewegung tätigen Persönlichkeiten in Fühlung zu treten, und an dem Kongreß der britischen Gewerkvereine in Newport im September 1912 teilnahm. Empfehlungsbriefe des Herrn Geh. Hofrat Professor L. Brentano waren mir dabei dienlich. Der Streik der Londoner Hafen- und Transportarbeiter bot mir bei häufigem Aufenthalt im Ostend von London Gelegenheit, einen modernen Arbeitskampf aus eigener Anschauung kennen zu lernen.

Beim Abschluß der Arbeit beriet mich Herr Professor H. Herkner.

Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41547017_0056

Inhaltsverzeichnis.

Seite

Einleitung. Ausdehnung und Bedeutung der englischen Arbeitskämpfe in den Jahren 1910—1912 . . . . . 1—2

Erster Teil.

Die in den jüngsten Arbeitskämpfen hervortretenden Entwicklungstendenzen.

Erstes Kapitel. Die sozialistische Schulung der englischen Arbeiterschaft . . . . . 3—29
I. Staatssozialistische Bestrebungen . . . . . 5—8
II. Revolutionäre Richtungen . . . . . 8—29
1. Der revolutionäre Sozialismus . . . . . 8—17
Die Arbeitercolleges . . . . . 8—17
2. Der Syndikalismus . . . . . 18—29

Zweites Kapitel. Bekehrung der öffentlichen Meinung und der Regierung zu staatssozialistischen Maßnahmen . . . . . 29—35
I. Sicherung eines Minimums der Lebenshaltung, besonders eines Minimallohnes für unterdrückte Bevölkerungsschichten durch staatliche Aktion . . . . 30—32
II. Der Schutz der Gesamtheit bei Arbeitskämpfen. . . 32—35

Zweiter Teil.

Der Arbeitskampf der englischen Eisenbahner im Jahre 1911.

Erstes Kapitel. Die englischen Eisenbahngesellschaften als Arbeitgeber . . . . . .
Sozialpolitische Gesetze für den Eisenbahndienst, Lohn- und Arbeitsbedingungen . . . . . .
Pensionseinrichtungen, Haftpflicht der Gesellschaften bei Unfällen, Haltung der Gesellschaften gegenüber den Trade Unions . . . . . .

Zweites Kapitel. Die Gewerkvereine der Eisenbahner . . . . . .
Zahl, Stärke, Verfassung, Ziele, Politik, Verhältnis zueinander . . . . . .

Drittes Kapitel. Der Arbeitskampf . . . . . 35—61
I. Das „All-Grades' Movement" . . . . . 36—39
II. Das Abkommen vom November 1907 . . . . . 39—41
III. Gründe für das Scheitern des Einigungsverfahrens . 41—46
IV. Syndikalistische Propaganda unter den Eisenbahnern 46—48

Seite

V. Der Streik im August 1911 . . . . . 48—61
1. Unautorisierte Streikausbrüche . . . . . 48—51
2. Stellungnahme der Gewerkvereine . . . . . 52—53
3. Eingreifen der Regierung . . . . . 53—55
4. Verlauf des Streiks . . . . . 55—58
5. Verhandlungen und Beilegung des Kampfes . . 58—61

Viertes Kapitel. Die Haltung der Regierung während des Arbeitskampfes der Eisenbahner . . .
Die militärische Aktion des Home Office . . . . . .
Die diplomatischen Verhandlungen im Handelsamt . .

Fünftes Kapitel. Die Ereignisse nach dem Streik und der Ausblick in die Zukunft . . . . . .
Die Königliche Kommission . . . . . .
Neue Streikdrohungen . . . . . .
Strömungen und Spaltungen in den Trade Unions. . .
Annahme des neuen Einigungsverfahrens, seine bisherigen Ergebnisse und seine Aussichten . . . . . .

Literatur und Quellen . . . . . .

Einleitung.

Die englische Volkswirtschaft ist seit einigen Jahren durch eine Reihe von industriellen Kämpfen erschüttert worden, die an Ausdehnung und an Wirkung auf das Wirtschaftsleben kaum von einem früheren Konflikt zwischen Arbeit und Kapital erreicht werden. Namentlich in bezug auf die Zahl der Arbeiter, die durch Streiks oder Aussperrungen berührt worden sind, weist die amtliche Statistik für die Jahre 1910—1912 höhere Ziffern auf als irgendein vorhergehendes Jahr. 1910 wurden 515 165, 1911 961 980 Arbeiter direkt oder indirekt von Arbeitskämpfen betroffen, und der Bericht des Handelsamtes weist darauf hin, daß diese Zahl die bisherige Rekordziffer des Jahres 1893 (634 301) um mehr als 300 000 übersteigt[1], für 1912, für das abschließende Ziffern noch nicht vorliegen, wird die Zahl der in Arbeitskämpfe verwickelten Personen auf über 1 300 000 berechnet. Die Dauer der Arbeitskämpfe betrug 1910 9 545 531, 1911 7 620 367 Arbeitstage.

Das schwere soziale Problem, das in diesen Zahlen zum Ausdruck kommt, das Ringen der unteren Volksschichten nach größerer Anteilnahme am nationalen Wohlstand, wird heute von den leitenden Staatsmännern, ja von dem gesamten englischen Volke als der Kern der inneren Politik erkannt, demgegenüber andere Fragen von allgemeinpolitischer Bedeutung in den Hintergrund treten[2].

---

[1] Vergl. Report on Strikes and Lock-outs in 1911, 1912 (Cd. 6472). Die hohe Zahl der Ausständigen im Jahre 1893 war durch einen Arbeitskampf der Kohlenbergleute in den Federated Districts veranlaßt (vergl. für die Streikstatistik in früheren Jahren die Tabelle Seite 2).

[2] So hat z. B. die irische Frage, die in früheren Jahrzehnten das Land in zwei Parteilager spaltete und zweimal den Sturz Gladstones herbeiführte, bei ihrer Wiederaufrollung durch die jetzige liberale Regierung nur geringen Widerhall im Lande gefunden und ist ganz gegenüber den sozialen Problemen in den Hintergrund getreten.

Report on Strikes and Lock-Outs 1894—1911.

Jahr	Zahl der Arbeitskämpfe	Zahl der direkt oder indirekt betroffenen Arbeiter	Dauer der Kämpfe in Arbeitstagen
1893[1]	615	634 301	30 467 765
1894[2]	929	325 248	9 529 010
1895	745	263 123	5 724 670
1896	926	198 190	3 746 368
1897[3]	864	230 267	10 345 523
1898[3]	711	253 907	15 289 478
1899	719	180 217	2 516 416
1900	648	188 538	3 152 694
1901	642	179 546	4 142 287
1902	442	256 667	3 479 255
1903	387	116 901	2 338 668
1904	355	87 208	1 484 220
1905	358	93 503	2 470 189
1906	486	217 773	3 028 816
1907	601	147 498	2 162 151
1908[4]	399	295 507	10 834 189
1909	436	300 819	2 773 986
1910[5]	531	515 165	9 894 831
1911	903	961 980	10 319 591

[1] Streik der Kohlenbergleute in den Federated Districts.
[2] Streik der schottischen Bergleute.
[3] Aussperrung im Maschinenbau.
[4] Streiks und Aussperrungen im Maschinen- und Schiffsbau und in der Textilindustrie.
[5] Arbeitskämpfe im Kohlenbergbau (Süd-Wales), im Schiffsbau und in der Textilindustrie.

Erster Teil.

Die in den jüngsten Arbeitskämpfen hervortretenden Entwicklungstendenzen.

Das massenhafte Auftreten von Streiks und Aussperrungen, Zeiten, in denen eine Art Streikfieber die Arbeiterschaft des Landes ergriffen zu haben scheint und von einer Arbeiterkategorie auf die andere überspringt, sind in der Geschichte der englischen Industrie schon früher zu verzeichnen, und die Parallele der gegenwärtigen Unruhen mit den großen Arbeitskämpfen, die in dem Londoner Dockstreik von 1889 gipfelten, ist bis zu einem gewissen Grade berechtigt. Wie damals, so sind auch diesmal die schlecht organisierten, untersten Schichten der Arbeiterschaft, die Massen der ungelernten und Gelegenheitsarbeiter der Herd der Unzufriedenheit, wenn es sich jetzt auch keineswegs allein um ein Ringen dieser untersten Schichten um bessere Lebensbedingungen und um Behauptung ihrer Organisationsbestrebungen handelt, wobei sie von ihren besser gestellten Genossen unterstützt werden, sondern die Kampfeslust sich weit in die Reihen der bestorganisierten und hochgelernten Arbeiter des Landes erstreckt. Vor allem treten jedoch bei den Arbeitskämpfen der Jahre 1910/12 einige neue Züge hinzu, durch die sich die gegenwärtige Bewegung wesentlich von dem Aufkommen des Neu-Unionismus unterscheidet, Züge, die zum Teil fast wie ein Zurückgehen auf die Anfangsstadien der Arbeiterbewegung erscheinen, auf die Zeiten, als der Streik als die wichtigste, wenn nicht als die einzige Waffe von den Arbeitern angesehen wurde, mittels deren sie ihren Forderungen Geltung zu schaffen vermochten.

Wenn heute der Komplex von sozialen Vorgängen, die wir unter der Bezeichnung Arbeiterfrage zusammenfassen, als das wichtigste, als das brennende Problem im inneren Leben der modernen Industrievölker hingestellt wird, so ergibt sich hieraus, daß keine andere Erscheinung in gleicher Deutlichkeit die ökonomischen und die ideologischen Kräfte widerspiegelt,

die im Volksleben der Gegenwart wirksam sind und zu der künftigen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung hinüberleiten. An den sozialen Kämpfen, die seit 1910 das englische Wirtschaftsleben erschüttert haben, sind vor allem zwei Momente bemerkenswert und müssen daher bei einer Beurteilung der Entwicklungstendenzen und bei einem Ausblick in die Zukunft der sozialen Bewegung in England als bestimmende Faktoren angesehen werden: auf der einen Seite die zunehmende Durchdringung der englischen Arbeiterschaft mit sozialistischen Ideen, oder richtiger ausgedrückt, die zunehmende Überzeugung, daß es für die Arbeiterklasse nicht möglich ist, auf dem Boden der bestehenden Gesellschaftsordnung ihre Lage wesentlich zu heben, und daß deswegen eine Umgestaltung dieser Ordnung in sozialistischem Sinne mit allen Mitteln anzustreben ist, auf der anderen Seite die veränderte Auffassung im Volke und bei den leitenden Staatsmännern hinsichtlich der Haltung, die von der öffentlichen Gewalt gegenüber den Beziehungen zwischen Arbeit und Kapital zu beobachten ist.

Erstes Kapitel.

Die sozialistische Schulung der englischen Arbeiterschaft.

Zur Erreichung ihres Zieles, der Hebung der unteren Schichten zu rechtlicher, sozialer und vor allem wirtschaftlicher Gleichstellung mit den oberen Klassen, ist die Arbeiterklasse von jeher auf zwei Wege hingewiesen worden, die beide in den letzten Jahren in England beschritten worden sind: einmal das politische Mittel, alle jene Maßnahmen, die man zusammenfassend als Staatssozialismus bezeichnen kann, der Versuch, durch Einflußnahme auf Gesetzgebung und Verwaltung das Gemeinwesen in ein sozialistisches zu verwandeln, auf der anderen Seite die direkte Aktion, die nicht notwendig, aber häufig gewaltsame Formen annimmt, der Versuch großer Arbeitermassen, denen die politische Maschine zu langsam arbeitet, auf dem Wege der Selbsthilfe ihr Los zu verbessern.

Unter den Arbeitern werden heute in verschiedenen Ländern zwei Gedankenrichtungen propagiert, die sich theoretisch in ihrem Endziel auszuschließen scheinen, auf den englischen Arbeiter, dessen nüchterner, praktischer Sinn feineren spekulativen Unterscheidungen nicht zugänglich ist, jedoch beide die Wirkung gehabt haben, seine Unzufriedenheit mit den bestehenden Verhältnissen zu schüren und ihn von der Notwendigkeit und Möglichkeit einer anderen Ordnung des Wirtschaftslebens zu überzeugen — der Sozialismus und der Syndikalismus.

I. Staatssozialistische Bestrebungen.

Die sozialistische Bewegung in England war bis vor kurzem reiner Staatssozialismus, der in erster Linie für Verstaatlichung und Kommunalisierung der Betriebe sowie für eine weitgehende Fixierung der Arbeitsbedingungen durch den Staat eintrat. Die Träger dieser Ideen waren vor allem die 1883 gegründete Fabian Society und die Independant Labour Party, eine politische Organisation, die sich die Schaffung einer selbständigen parlamentarischen Arbeiterpartei zur Aufgabe gemacht hatte. Die Einführung des gesetzlichen Achtstundentages, staatliche Alterspensionen, ein Living Wage für alle Lohnarbeiter, Verstaatlichungs- und Kommunalisierungsprojekte bildeten ihre Hauptprogrammpunkte und wurden in leicht verständlicher Weise unter dem Publikum propagiert[1]. Einen Höhepunkt, wenigstens nach außen, erreichten diese staatssozialistischen Bestrebungen Anfang der neunziger Jahre, als mit dem Neu-Unionismus die sozialistischen Ideen siegreich einzogen in die Reihen der Gewerkvereine. Die Notwendigkeit einer unabhängigen starken politischen Vertretung drängte sich den Gewerkvereinen aber erst auf, als die Entscheidung des Oberhauses im Taff Vale Fall 1901 die Gewerkvereinsgelder klagbar machte, zahlreiche bisher bei einem Streik erlaubte Handlungen, namentlich das Streikpostenstehen und die Überredung, für gesetzwidrig erklärte und damit die gewerkschaftliche Aktion, die Möglichkeit für die Arbeiter, ihren Forderungen durch Arbeitseinstellung Nachdruck zu verleihen, auf das äußerste erschwerte, wenn nicht unterband. Die Mehrzahl der Gewerkvereine beschloß daher, in Gemeinschaft mit der I. L. P. und mit der Fabian Society 1903 eigene Arbeiterkandidaturen für das Unterhaus aufzustellen, an die Stelle des 1900 gegründeten Labour Representation Committee trat die Labour Party zur politischen Vertretung der Arbeiterinteressen, und 1906 gelang es der Partei 30, bei den letzten Wahlen im Dezember 1910 43 Kandidaten ins Parlament zu entsenden.

In den folgenden Jahren wurde im Lande, besonders von der I. L. P. eine sehr lebhafte Propaganda für staatssozialistische Ideen entfaltet, in deren Mittelpunkt die Forderung nach einem gesetzlichen Minimallohn stand, und den Arbeitern unter Hinweis auf ihre unbefriedigenden Lohn- und Lebensbedingungen

---

[1] Sombart charakterisiert die Wirksamkeit der I.L.P. folgendermaßen: „Der I.L.P. hat den Sozialismus dem politischen Leben und Denken Englands aufgepfropft, wie ein Gärtner einen Zweig auf den anderen pfropft, und dank dieser Tätigkeit ist der Sozialismus heute in England nicht länger eine Abstraktion, sondern ein lebendiges Prinzip, das die Tätigkeit der Gemeinderäte beseelt, in denen der I.L.P. Hunderte von Vertretern sitzen hat, und das die Atmosphäre des Parlaments durchdringt“ (Sozialismus und soziale Bewegung, S. 281).

die Notwendigkeit einer Änderung der bestehenden Wirtschaftsordnung vorgestellt[1].

Die Notwendigkeit eines Eingreifens des Staates in die Lohnfixierung erhielt in den Augen der Arbeiter um so stärkeres Gewicht, als die Methoden der kollektiven Vertragsschließung, wie sie bisher in England geübt worden waren und namentlich im letzten Jahrzehnt weitgehende Anwendung erfahren hatten, sich als wenig vorteilhaft vom Standpunkte der Arbeiter erwiesen hatten. In einer Zeit wirtschaftlichen Aufschwungs war es ihnen auch in den bestorganisierten Industrien nicht gelungen, ihre Löhne um ein erhebliches zu steigern, und selbst wo Erhöhungen des Nominallohnes, sei es auf dem Wege der friedlichen Verhandlung, sei es durch Streiks, erzielt worden waren, hatten die steigenden Preise der Lebensmittel sie nicht zur Geltung kommen lassen. Nach den Angaben des Handelsamtes über die Lohnentwicklung in fünf Hauptindustrien (Baugewerbe, Kohlenbergbau, Maschinenbau, Textilindustrie und Landwirtschaft) waren die Löhne von 1900—1910 von 100 auf 100,31, die Engrospreise für Nahrungsmittel dagegen auf 111,6, die Londoner Detailpreise für Nahrungsmittel auf 109,3 gestiegen[2], in anderen Erwerbszweigen fanden auch diese geringen Lohnerhöhungen nicht statt, so blieben z. B. die Löhne der 460000 Eisenbahner in dem Jahrzehnt von 1900—1910 fast ganz stationär[3]. Die Folge dieses Sinkens des Reallohnes war, daß auch in den Kreisen der gutorganisierten Arbeiterschaft, die bisher streng an dem Prinzip der Selbsthilfe festgehalten hatte, der staatssozialistische Gedanke einer behördlichen Festsetzung von Minimallöhnen Anhänger fand. Die Forderung nach einer auskömmlichen Lebenshaltung, wie sie heute vom englischen Arbeiter nicht an den Arbeitgeber, sondern an die Gesellschaft gestellt wird, faßt einer der jüngeren und fortschrittlichsten Gewerkvereinsbeamten, der Führer der südwalisischen Bergleute, Vernon Hartshorn, in folgenden Worten zusammen: „Die Gemeinschaft soll den Männern und den Frauen die Dienste leisten, die für die Existenz und das Wohlergehen der Gemeinschaft wesentlich sind, eine hinreichend behagliche und zivilisierte Lebenshaltung garantieren, ein vernünftiges Minimum von Nahrung und Kleidung, Muße und Erholung und Behausungen, die menschlicher Wesen würdig sind". Diese Forderung kann die All-

[1] Im Winter 1912—1913 wurde von der I.L.P. und von der Fabian Society ein „Feldzug gegen die Armut" ins Werk gesetzt, in dem die öffentliche Meinung durch öffentliche Ansprachen für ein nationales Minimum der Lebenshaltung gewonnen werden sollte, unter das keinem Glied der Nation zu sinken gestattet werden dürfe.

[2] Vergl. Tabelle S. 7.

[3] Vergl. Kapitel über die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Eisenbahner II. Teil.

Lohnveränderungen im Vereinigten Königreich in fünf Hauptgewerben, 1895—1911.

(Fifteenth Abstract of Labour Statistics for the United Kingdom.)

Jahr	Baugewerbe	Kohlenbergbau	Maschinenbau	Textilindustrie	Landwirtschaft	Ungewogener Durchschnitt für die fünf Gruppen	
						inkl. Landwirtschaft	exkl. Landwirtschaft
1895	92,22	72,54	93,18	94,97	92,66	89,11	88,23
1900	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00
1901	100,00	93,95	100,29	100,00	101,13	99,07	98,56
1902	100,00	87,53	100,29	100,00	101,13	97,78	96,96
1903	100,00	84,92	99,93	100,00	101,13	97,20	96,21
1904	100,00	82,31	99,93	100,00	101,13	96,67	95,56
1905	100,00	81,02	100,05	102,67	101,41	97,03	95,94
1906	100,00	83,36	100,83	106,22	101,69	98,42	97,60
1907	100,00	96,25	102,00	108,89	101,69	101,77	101,79
1908	100,00	93,30	101,68	108,89	102,26	101,23	100,97
1909	100,00	89,20	101,32	107,11	102,26	99,98	99,41
1910	100,00	89,65	102,03	107,11	102,26	100,21	99,70
1911	100,00	88,83	103,26	107,11	102,26	100,31	99,83

Jahr	Löhne in fünf Hauptgewerben[1]	Engrospreise für Nahrungsmittel	Londoner Detailpreise für Nahrungsmittel
1895	89,11	99,5	93,2
1900	100,00	100,0	100,0
1901	99,07	100,4	101,9
1902	97,78	101,7	101,6
1903	97,20	100,7	103,2
1904	96,67	101,4	104,3
1905	97,03	101,2	103,7
1906	98,42	100,5	103,2
1907	101,78	105,1	105,8
1908	101,23	106,1	108,4
1909	99,98	108,7	108,2
1910	100,21	109,0	109,9
1911	100,31	111,6	109,3
Bewegung von 1900—1911	+ 0,31	+ 11,6	+ 9,3

gemeinheit erfüllen „durch die Einführung eines gesetzlich garantierten Minimallohnes, durch die Einführung eines gesetzlich garantierten Achtstundentages, durch die Errichtung eines nationalen Wohnungsstandards gegen eine Miete, die im Be-

[1] Baugewerbe, Kohlenbergbau, Maschinenbau, Textilindustrie, Landwirtschaft.

reiche der Arbeiter liegt, und durch die Macht der Gewerkvereine, der Ausbeutung der Arbeit durch die Methoden des freien Wettbewerbes zu steuern, welche die Tendenz haben, die durchschnittliche Lebenshaltung der arbeitenden Klassen herabzudrücken".

II. Revolutionäre Richtungen.

Im Unterschied zu den bisher genannten Bestrebungen, die sämtlich eine revisionistische Taktik befolgen und jede gewaltsame Änderung verwerfen, haben in den letzten Jahren in England Lehren Verbreitung gefunden, die der gegenwärtigen Staats- und Gesellschaftsordnung ausgesprochen feindlich gegenüberstehen. Während die 1883 von Hyndman gegründete sozialdemokratische Federation, die auf dem Boden der von Marx und der festländischen Sozialdemokratie vertretenen Anschauungen steht, es nie an Einfluß mit den übrigen sozialistischen Organisationen aufnehmen und namentlich unter den Trade Unionisten keinen Fuß fassen konnte, hat in neuerer Zeit ein radikaler Sozialismus, der bewußt den Klassenkampf vertritt, besonders unter den jüngeren Gewerkvereinsbeamten Anhänger gefunden und ist von ihnen aus in die Reihen der Arbeiterschaft eingedrungen.

1. Der revolutionäre Sozialismus.

„Es scheint", sagt Prof. Ashley, „als ob alle paar Jahre eine Anzahl junger Leute in den Vordergrund träte, die entschlossen sind, die Schrittart anzugeben für die Verbesserung in der Lage der Arbeit". Ähnlich wie um 1890 der neue Unionismus mit seinen ausgesprochen sozialistischen Zielen von den jüngeren und regsameren Elementen der Gewerkvereinsbewegung ausging, welche die Tatenlosigkeit der älteren, bedächtigen Führer verurteilten und eine Politik des Angriffs forderten, so hat sich wiederum in den letzten Jahren ein Gegensatz zwischen älteren und jüngeren Führern herausgebildet; die unruhigen Elemente haben in einigen der größten Vereine die Oberhand gewonnen und sind in den Besitz von Posten gekommen, von denen aus sie eine lebhafte propagandistische Tätigkeit unter den Mitgliedern ausüben können.

Die Arbeiter-Colleges.

Einen großen Anteil an der Ausbildung dieser jungen Führer der Gewerkvereinswelt haben die beiden Arbeiterhochschulen, die der englischen Arbeiterbewegung die fähigsten, zugleich aber auch die unruhigsten Köpfe liefern, und deren Entwicklung einige wichtige und bezeichnende Schlaglichter auf den heutigen Stand der englischen Arbeiterfrage wirft — Ruskin College und Central Labour College. In ihnen hat

sich die Arbeiterbewegung im Gegensatz zu den mit Unterstützung und unter lebhafter Förderung der anderen Klassen bestehenden Volksbildungsanstalten eine ganz auf ihren eigenen Kräften beruhende Einrichtung geschaffen. Sie sollen der Ausbildung von begabten Angehörigen der arbeitenden Klassen, namentlich in den Sozialwissenschaften dienen, um sie zu befähigen, führende Stellungen in der Arbeiterbewegung zu versehen, ebenso wie die oberen Klassen ihre zukünftigen Führer auf den Universitäten heranbilden lassen. Auch äußerlich sind die beiden Arbeiterhochschulen nach dem Muster der englischen Universitäts-Colleges eingerichtet; sie sind ebenso wie diese Internate, in denen ein Teil der Dozenten und die Zöglinge während ihrer Studienzeit wohnen und Unterricht erteilt wird, nur mit dem Unterschied, daß den Insassen der Arbeiter-Colleges etwas weniger Bequemlichkeit geboten wird, als den übrigen „Oxford men", und daß sie, um sich nicht an ein allzu „akademisches" Leben zu gewöhnen, alle Hausarbeit verrichten müssen.

Ruskin College.

Um den Wissensdrang intelligenter Arbeiter zu befriedigen und der Gewerkvereinsbewegung einen größeren Stab von wissenschaftlich geschulten Führern zu geben, gründeten 1899 zwei Amerikaner, Dr. Charles Beard und Walter Vroman Ruskin Hall in Oxford, deren Aufgabe es sein sollte, „Arbeiter, die Rebellen gegen die Gesellschaft waren, aufzunehmen und ihnen eine Ausbildung zu geben, die sie befähigen würde, methodisch und wissenschaftlich bei der Umgestaltung der Welt auf einer rationelleren Basis zu helfen"[1]. Das College war zunächst ganz auf private Beiträge angewiesen, gewann aber allmählich die Unterstützung der Gewerkvereine, die für begabte Mitglieder Stipendien im Betrage von je 52 £ errichteten und heute vornehmlich die Anstalt unterhalten.

Durchschnittlich sind immer 30 Zöglinge im College anwesend (nach dem letzten Jahresbericht 37), die einen ein- bis zweijährigen Kursus durchmachen, im Frühjahr 1913 ist jedoch ein imposanter Neubau eröffnet worden, der vorläufig für 50 Schüler eingerichtet ist, und bei dem Erweiterungen vorgesehen sind. Außerdem ist dem College eine Abteilung für Unterricht auf dem Wege der Korrespondenz angegliedert, die bis zum Jahre 1912 von etwa 8500 Arbeitern aller Berufe benutzt worden ist. Der Lehrplan berücksichtigt in erster Linie solche Gegenstände, die für künftige Führer der aktiven Arbeiterbewegung Wert haben, vor allem die verschiedenen Zweige der Sozialwissenschaften, die Geschichte und Praxis des

[1] Rowland Kenney, „The Brains behind the Labour Revolt", The English Review, March 1912.

Gewerkvereins- und Genossenschaftswesens, Gewerkvereinsrecht, die Geschichte sozialer Theorien, dann aber auch weitere Wissensgebiete, wie englische allgemeine und industrielle Geschichte, die Einrichtung der englischen Selbstverwaltung, Einführung in die Kenntnis der englischen Verfassung und sonstiger politischer Einrichtungen, Statistik und schließlich Buchführung sowie englische Grammatik und Stilkunde, um den Studierenden das notwendige technische Rüstzeug zur praktischen Gewerkvereins-, Genossenschafts- und Hilfskassenarbeit zu geben. Die Dozenten sind teils hauptamtlich tätig und wohnen im College, teils leihen Professoren der Universität Oxford ihre Dienste, einer der Hauptförderer und früherer Vorsitzender des Exekutivausschusses ist der bekannte liberale Politiker und Professor der Nationalökonomie Lee-Smith.

Die Unterweisung in den Sozialwissenschaften stand von Anfang an im Vordergrund; dabei wurde das Hauptgewicht auf die für die Arbeiterklasse besonders wichtigen Seiten gelegt, jedoch in rein wissenschaftlichem Vortrag, ohne Bevorzugung einer besonderen, etwa sozialistischen Gedankenrichtung.

Gegen diese Art der Belehrung machte sich im Jahre 1908 unter den Studierenden eine Strömung geltend, die schließlich zur offenen Rebellion führte. Die Unzufriedenen verlangten eine einseitige sozialistische Darstellung des sozialwissenschaftlichen Lehrstoffes an der Hand des „Kapital" und protestierten außerdem gegen die Verbindung des College mit der Universität Oxford, namentlich gegen einen damals vom Exekutivausschuß erwogenen Plan, den Zöglingen von Ruskin College die Examina und damit die Diplome der Universität zugänglich zu machen.

In einem Pamphlet hieß es: „Die niemanden verantwortliche Exekutive hat Ruskin College der liebevollen Obhut der ärgsten Feindin der arbeitenden Klassen überliefert, der Universität. Niemand wurde gefragt. Der autokratische Geist der Exekutive, genährt durch die Tradition, ist zum Ausdruck gekommen, sie taten es aus eigener Initiative. So wurde die arbeitende Klasse an ihrem Lebensnerv getroffen. — Es war Zeit zum Handeln. Ruskin College gab vor, sich um die Gewerkvereine und die Arbeiterbewegung zu bemühen, und hier wurde es kaltblütig der Universität überantwortet, seiner tödlichsten Feindin. Wenn diese Diplome begründet würden, müßte der Unterricht in Ruskin College identisch werden mit dem der Universität. Hier war eine rachsüchtige Umkehrung des Ideals der Arbeiterklasse, anstatt daß Ruskin College einen Weg zur Emanzipation der Arbeiter bildet, wurde es in einen düstern Torweg verwandelt, der in die reaktionäre Universität führt" [1].

[1] Zitiert nach „The Democratic Control of Ruskin College", Oxford 1909.

Die Rebellen inszenierten einen förmlichen Streik, ernannten Dozenten aus ihren eigenen Reihen und gründeten in Gemeinschaft mit einigen früheren Zöglingen eine „Plebs League". Eine Untersuchung, die von dem Exekutivausschuß veranstaltet wurde, ergab, daß der Gründer und treibende Faktor der Bewegung niemand anders war, als der von dem Ausschuß angestellte und ihm verantwortliche Vorsteher des College, Dennis Hird. Diese Entdeckung hatte seine sofortige Entlassung zur Folge. Mit ihm verließen seine Anhänger Ruskin College und gründeten eine neue Arbeiterhochschule, die den volltönenden Namen Central Labour College annahm. Da ihr das Dasein in Oxford sehr erschwert wurde („forced out of Oxford"), nahm sie im Sommer 1911 ihre Wohnstätte in der Londoner Vorstadt Earls' Court.

Die Sezession der extremen Elemente hat den Bestand von Ruskin College nur vorübergehend erschüttert, obgleich ihm die Unterstützung einiger Gewerkvereine, z. B. der Amalgamated Society of Railway Servants dadurch entzogen wurde. Die Rebellion bewirkte jedoch, daß die Anstalt eine demokratische Verfassung erhielt. Die Leitung liegt jetzt in der Hand eines Exekutivrates, in den alle Gewerkvereine, die einen jährlichen Beitrag von 50 £ entrichten, einen Delegierten entsenden, außerdem sind der Trades Union Congress, die General Federation of Trade Unions, der Cooperative Congress und The Working Men's Club and Institute Union durch je zwei Delegierte vertreten; hierdurch wird denjenigen Arbeiterorganisationen eine Vertretung ermöglicht, die einen geringeren Beitrag als 50 £ zahlen. Der Exekutivrat wählt aus seiner Mitte einen geschäftsführenden Ausschuß auf drei Jahre, dem drei beratende Mitglieder mit „educational experience" zugesellt werden, die meistens dem Lehrkörper der Universität angehören, aber nicht stimmberechtigt sind. Ein Blick auf die Zusammensetzung des Ausschusses zeigt, daß die verschiedensten Richtungen der Arbeiterbewegung in ihm vertreten sind; Vorsitzender ist augenblicklich der Sekretär des parlamentarischen Komitees des Trades Union Congress, Bowerman, außerdem finden sich unter den Mitgliedern der Generalsekretär der Amalgamated Society of Engineers Jenkin Jones, sowie Ben Tillett, der Führer der Londoner Docker. Jedes Jahr wird eine allgemeine Konferenz von Vertretern der verschiedenen Arbeiterorganisationen abgehalten, auch solcher, die auf keinerlei Weise das College unterstützen, um Gelegenheit zur Aussprache über die Tätigkeit der Anstalt zu geben und das Interesse in Arbeiterkreisen daran zu erwecken und zu beleben.

Die Tatsache, daß 30 Gewerkvereine, darunter so mächtige Trade Unions wie die Amalgamated Society of Engineers, die Northern Counties' Amalgamated Association of Weavers, die

Northumberland Miners' Association, die London Society of Compositors, 44 Genossenschaften und verschiedene andere Arbeiterorganisationen, Gewerkvereinsräte und dergl. Ruskin College finanziell unterstützen, beweist, daß ein großer und mächtiger Teil der englischen Arbeiterbewegung hinter ihm steht. Die Studierenden gehören den verschiedensten Gewerben an, nicht nur solchen Organisationen, die Stipendien unterhalten, auch Ausländer, meist Skandinavier, finden sich zuweilen unter ihnen. Ende 1911 waren gegen 500 Zöglinge aus Ruskin College hervorgegangen, und gegen 8500 Personen hatten schriftliche Unterweisungen empfangen. Seit einigen Jahren sind die so angefeindeten Diplomprüfungen der Studierenden an der Universität Oxford in Nationalökonomie und Staatswissenschaft eingerichtet worden, und Ruskin College hat dabei sehr gut abgeschnitten; von 31 Auszeichnungen, die in den genannten Fächern in den letzten drei Jahren an Prüflinge erteilt worden sind, wurden 16 von Angehörigen des Arbeiter-College erworben. Der jetzige Leiter der Anstalt ist Dr. Gilbert Slater, der früher Dozent an der London School of Economics war und sich als soziologischer Schriftsteller einen Namen gemacht hat.

Studierende von Ruskin College, 1911—1912

Bäcker	1
Bleicher	1
Buchbinder	1
Schuhmacher	1
Schreiber	1
Maschinenbauer	11
Allgemeine Arbeiter	1
Eisengießer	1
Journalisten	1
Bergleute	8
Grubenmaschinisten	1
Eisenbahner	1
Werkzeugmacher	1
Weber	4
Ausländer	3
Zusammen	37

Ruskin College kommt vor allem das Verdienst zu, das Interesse der großen Gewerkvereine am Unterricht und an der Fortbildung ihres Nachwuchses erweckt und gefördert zu haben; zahlreiche fähige Köpfe der Arbeiterbewegung, ein großer Teil der jüngeren Gewerkvereinsbeamten, der Arbeitervertreter in den Selbstverwaltungskörpern und einige Mitglieder der parlamentarischen Labour Party sind aus ihm hervorgegangen.

Central Labour College.

Numerisch und finanziell schwächer, soweit die Zahl und Stärke seiner Förderer sowie seiner Schüler in Betracht kommt, aber um so rühriger in der Propagierung der von ihr vertretenen Ideen ist die jüngere Arbeiterhochschule, Central Labour College. Diese Anstalt ist eine Pflanzstätte des revolutionären Sozialismus. Als ihre Grundprinzipien gibt sie an:

„Das C.L.C. beruht auf der Anerkennung des Antagonismus der Interessen zwischen Kapital und Arbeit.

Das C.L.C. erkennt an, daß dieser Antagonismus sich ausprägt in einem Gegensatz der Lebensanschauung zwischen den Besitzern des Kapitals und denen, die nichts besitzen als ihre Arbeitskraft.

Das C.L.C. sucht die Arbeiterklasse dieses Gegensatzes bewußt zu machen mit dem Ziele, ihn zu beseitigen.

Das C.L.C unternimmt, dies zu vollbringen durch die Unterweisung in der Sozialwissenschaft vom Standpunkte der Arbeit, indem es zugleich eine kritische Prüfung der Theorien unternimmt, die vom Standpunkt des Kapitals aus aufgestellt worden sind.

Das C.L.C., das ausschließlich für die arbeitenden Klassen besteht, wird ausschließlich von Vertretern der Arbeiterklasse kontrolliert.

Das C.L.C. glaubt an die Unabhängigkeit der Arbeit in industrieller, politischer und pädagogischer Beziehung.

Das C.L.C. bildet Männer und Frauen für die industrielle, politische und soziale Arbeit in der organisierten Arbeiterbewegung aus."

Die Tätigkeit von C.L.C. besteht ebenso wie die von Ruskin College in Vorlesungen und Unterrichtsstunden, die an interne Studierende (12 im Jahre 1911) erteilt werden, sowie in schriftlicher Unterweisung. Außerdem hat aber C.L.C. lokale Klassen in den verschiedensten Teilen des Landes, namentlich in den Industriezentren der nördlichen Grafschaften und der Midlands und in den Bergwerksdistrikten von Süd-Wales ins Leben gerufen und entfaltet durch Entsendung von Rednern, die aus seiner Schule hervorgegangen sind, eine äußerst rege Agitation für radikal-sozialistische Ideen. Dieser von C.L.C. betriebene Zweig der „Volksaufklärung" ist ungleich wichtiger als der im College selbst an eine beschränkte Schülerzahl erteilte Unterricht und hat breitere Volksmassen „klassenbewußt" gemacht als manches andere Agitationsmittel.

Der Lehrerstab von C.L.C. ist nicht ausschließlich der Arbeiterklasse entnommen, sondern weist einige M.A.'s, also Männer mit der verhaßten akademischen Bildung auf, die indessen alle radikale Sozialisten sind, außerdem finden sich

unter ihnen die Namen von Noah Ablett und W. F. Hay, zweier südwalisischer Bergleute, der Verfasser eines während des Bergarbeiterstreiks weit verbreiteten syndikalistischen Flugblattes. Im übrigen ist es eines der Hauptziele des College, sich seine eigenen Lehrkräfte und Agitatoren heranzubilden. Dieses Ziel spiegelt sich in dem sehr fein durchdachten Lehrplane der Anstalt wider. Es handelt sich nicht so sehr wie bei Ruskin College darum, fähige Gewerkvereinsbeamten auszubilden, die bei Abschluß von Kollektivverträgen und bei Differenzen den Arbeitgebern als ebenbürtige Unterhändler gegenübertreten und das Rechnungs- und Hilfskassenwesen ihres Vereins führen oder Posten im Dienste einer Genossenschaft versehen können, oder der Arbeiterklasse intelligente Vertreter in den öffentlichen Körperschaften zu liefern, als darum, den Zöglingen das Rüstzeug des wortgewandten Volksredners zu geben, der mit den Tatsachen der ökonomischen Entwicklung vom Standpunkte des Klassenkampfes und mit den Argumenten des sozialistischen Agitators vertraut ist. Der Lehrplan führt folgende Unterrichtsgegenstände auf:

„Soziologie: Die Wissenschaft vom Ursprung und Wachstum der Gesellschaft. Sie zeigt, wie die Menschen zum Zusammenleben in Gruppen übergingen und handelt von den Entwicklungsgesetzen innerhalb der Gruppen, d. h. der Gemeinwesen.

Evolution: Die Lehre von der Entfaltung oder Entwicklung aller den Menschen bekannten Arten. Die organische Evolution folgt der Geschichte des Menschen von den niedrigsten Lebewesen an und zeigt, wie er von den kleinsten Lebewesen im Meere abstammt.

Logik: Dies hat nichts zu tun mit philosophischer Logik. Diese Logik ist bekannt als formale Logik. Sie lehrt die Wissenschaft und die Kunst des Argumentierens (reasoning), um uns zu befähigen, uns klar ohne Widersprüche auszudrücken und die Widersprüche in den Argumenten anderer zu entdecken. Wir lehren sie als einen Weg zum korrekten Ausdruck der Gedanken.

Erkenntnistheorie: Von ihr wird manchmal als von philosophischer Logik gesprochen. Sie behandelt das Wesen des Denkvermögens. Wir lehren sie als einen Weg zur positiven Erkenntnis im Unterschied zur Spekulation. Der Kursus schließt eine Anwendung der Erkenntnistheorie auf die Ethik ein.

Rhetorik: Grammatik und Stilkunde, Beredsamkeit. In anderen Worten erteilt sie Anweisungen zur Abfassung von Essays und zur Abhaltung von Vorträgen. Gerade wie die Logik die Kunst des korrekten Denkens ist, ist die Rhetorik die Kunst des Ausdruckes; beide sollten immer zusammengehen.

Politische Ökonomik: Die Analyse der kapitalistischen Produktionsweise in Beziehung zu anderen Weisen. Der Reichtum der kapitalistischen Gesellschaft besteht aus Waren. Waren sind Nutzgegenstände, produziert zum Austausch. Frühere Sozialsysteme waren begründet auf der Produktion von Nutzgegenständen, Austausch kam nur zufällig vor. Die Aufgabe des politischen Ökonomen ist es, den Vorgang zu erklären, durch welchen der Tauschwert der Ware bestimmt wird. Der Gegenstand wird vom Marxistischen Standpunkt aus gelehrt. Politische Ökonomie vom orthodoxen Standpunkt wird auch studiert.

Geschichte: Industrielle, politische und allgemeine Geschichte."

Wie ist das Schülermaterial beschaffen, dem diese Lehren vorgetragen werden?

„Es gibt," schreibt R. Kenney[1], „unter den Trade Unionisten eine zunehmende Zahl, die jeden verfügbaren Pfennig und jeden Augenblick der Muße zur Aneignung wissenschaftlicher Kenntnisse verwenden, nicht zum persönlichen Fortkommen oder zu persönlicher Ausbildung, noch auch zu ihrer technischen Vervollkommnung, damit sie geschicktere Arbeiter werden — die meisten sind dies schon — sondern zu einer Ausbildung, die ihnen eine wissenschaftliche Einsicht in die ökonomische und soziale Entwicklung und in die mannigfachen Kräfte vermittelt, die in der modernen Gesellschaft wirksam sind, so daß sie besser befähigt sein werden, das Problem zu lösen, die Arbeiter zur Stellung der herrschenden Klasse in der Gesellschaft zu erheben."

Solche junge, strebsame, aber mit ihrer eigenen und der Lage ihrer Klasse unzufriedenen Elemente sind die gelehrigsten Schüler von C.L.C. Sie verfügen nicht über die wissenschaftlichen Vorkenntnisse und Einsicht, die sie befähigen würden, über die Einseitigkeit der ihnen vorgetragenen Lehren zu urteilen, und gehen als bewußte Feinde der bestehenden Gesellschafts- und Staatsordnung aus der Anstalt hervor. „Diese Bewegung", sagt Ramsay Mac Donald in bezug auf die Mitglieder der Plebs League, der Gründer von C.L.C., „erschien mir immer als ein unvermeidliches Produkt eines Versuches, die Atmosphäre von Oxford eine Anzahl junger Arbeiter atmen zu lassen, die begabt und ehrgeizig, aber nicht genügend vorbereitet für die Aufgaben waren, die ihnen gestellt wurden. — Einige der Männer waren stark genug, die Besinnung zu behalten, aber für andere wurde der Syndikalismus ein angenehmer Weg zum Ruhm und zum Genanntsein. Sie waren weder glücklich in sich selbst noch in ihren Aussichten. Sie wollten der Welt den Krieg erklären"[2].

[1] l. c. [2] Ramsay Mac Donald, Syndicalism, London 1912, S. 43.

Der Gegensatz zwischen älteren und jüngeren Gewerkvereinsführern.

Ein Teil der jungen Leute, die durch diese geistige Atmosphäre hindurchgegangen sind, tritt in den aktiven Gewerkvereinsdienst über und vermag durch seine geschickte Rhetorik bald einen großen Einfluß auf die Arbeitermassen auszuüben, so daß es vielen von ihnen gelungen ist, die älteren Führer aus leitenden lokalen und Distriktsstellen in den Trade Unions zu verdrängen. Von diesen Posten aus ist es ihnen möglich, ihre auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Lehren unter dem rank and file zu verbreiten und für eine Politik des Angriffs Stimmung zu machen, die in ausgesprochenem Gegensatz zu der vorsichtigen und maßvollen Taktik der älteren besonnenen Führer steht. Bei den Arbeitern aber, bei denen die Unzufriedenheit über die Ergebnisse dieser friedlichen Taktik einen hohen Grad erreicht hat, fällt der von ihnen gesäte Samen der Revolution auf einen fruchtbaren Boden, und leicht reißt das entscheidende Vorgehen einer entschlossenen Minderheit die großen Arbeitermassen mit sich fort zur direkten Aktion.

Vor allem sind es zwei Arbeiterorganisationen, die Central Labour College unterhalten und seine Leitung ausschließlich in Händen haben, die South Wales Miners' Federation und die Amalgamated Society of Railway Servants. Beide Organisationen haben in den großen Arbeitskämpfen der letzten Jahre eine führende Rolle gespielt, und von ihnen gingen gewisse revolutionäre Regungen aus, die in der englischen Arbeiterbewegung längst überwunden zu sein schienen. Innerhalb beider Vereine haben sich Vorgänge abgespielt, welche die Verdrängung älterer bewährter Führer durch junge Feuerbrände zur Folge hatten.

Der Kampf zwischen der älteren und der jüngeren Richtung kam in dem Gewerkverein der Eisenbahner zum offenen Ausdruck, als es sich um die Besetzung der Stelle eines General Organiser handelte, also eines Postens, zu dessen Hauptaufgabe die gewerkschaftliche Agitation gehört. Der Inhaber kommt daher in ständige Berührung mit den Mitgliedern eines größeren Bezirks und ist von großem Einfluß auf den Geist, der unter ihnen herrscht. 1911 kandidierten zwei Männer um den Posten, der eine Mr. Charles von Pontypool, ein Trade Unionist vom alten Schlag, der dem Gewerkverein über 20 Jahre angehörte und innerhalb desselben wichtige Ämter, sogar den Präsidentenposten, versehen hatte, der andere, Mr. G. W. Brown von Hull, ein junger Mann, Anfang der zwanziger, der nach Absolvierung eines zweijährigen Kursus in C.L.C. als Wortführer des Gewerkvereins in drei Streitfällen mit der Nordostbahn-Gesellschaft

auftrat, obgleich er kein offizielles Mandat dazu hatte, einer der Hauptorganisatoren des Generalstreiks von 1911 und stets Befürworter einer kriegerischen Politik des Gewerkvereins. Bei der ersten Abstimmung siegte Charles, aber infolge einiger Unregelmäßigkeiten, die bei der Wahl vorgekommen waren, fand ein zweiter Wahlgang statt, der zugunsten Browns ausfiel, allerdings wurden bei einer Mitgliedschaft von 106000 nur 47000 Stimmen abgegeben, und von diesen fielen nur 24038 auf Brown, der daher nur mit einer ganz geringen Majorität siegte. Aber dieses Ergebnis beweist, daß die unruhigen, extremen Elemente rege sind und jede Gelegenheit wahrnehmen, während die weit zahlreicheren gemäßigten Mitglieder indifferent sind und auf diese Weise der radikalen Minorität wichtige Stellen überlassen.

Ganz ähnliche Vorgänge haben sich unter den Bergleuten abgespielt, namentlich in Süd-Wales. Einen ausführlichen Bericht über die Spaltungen, die sich unter der Mitgliederschaft der S.W.M.F. gebildet haben, gibt das Buch von David Evans „Labour Strife in the South Wales Coalfield 1910/11“ [1]. Der Verfasser bezeichnet als das Hauptmerkmal des 14 Monate währenden Streiks der Bergarbeiter des Cambrian Combine „einen Kampf um die Suprematie in der Führerschaft und in der Politik, der hartnäckiger und erbitterter war, als irgendein früherer Kampf in der Geschichte der organisierten Arbeit des Kohlenreviers“. Besonders bedeutsam ist aber, daß im Jahre 1911, als in Süd-Wales die Vertreter für die Exekutive der Miners' Federation of Great-Britain zu wählen waren, an Stelle der alten erprobten Führer Abraham („Mabon“), Brace und Richards, drei Männer der neuen Richtung, Barker, Hartshorn und Stanton gewählt wurden, die namentlich die Forderung nach einem Minimallohn für alle Bergarbeiter erhoben. Vor allem ist die Verdrängung von Mabon, der jahrzehntelang leitende Stellungen im Verein innegehabt hat, bezeichnend für den neuen Geist, der einen Teil der Arbeiterschaft ergriffen hat [2].

---

[1] Cardiff 1911.

[2] Einer der jüngeren Führer (Barker) gibt folgende Beschreibung der beiden Typen von Arbeiterführern: „Der Gewerkvereinsführer des alten Typ ist ein Mann mit einem guten Teil angeborener Schlauheit, aber er ist unbelesen oder liest wenig außer seinen Tageszeitungen; er weiß nichts von politischer Ökonomie, ist plump in seinen Verhandlungen mit den Arbeitern, hat keine Ideale und kommt zusehends in Mißkredit. Unter den jüngeren Arbeitern hat er ausgespielt, in ihren Reihen sind viele eifrige Studenten, von denen eine große Zahl im Labour College gewesen ist und jetzt offizielle Stellungen innehat; ihre Ausbildung hat Wunder gewirkt, sie sind gewandte Vortragende und schlagfertige Diskussionsredner geworden und üben einen enormen Einfluß auf ihre Kameraden aus“.

2. Der Syndikalismus.

Syndikalistische Publikationen und Propaganda.

In engem Zusammenhang mit den von Central Labour College ausgehenden Einflüssen steht die syndikalistische Bewegung oder das, was man in England als Syndikalismus bezeichnet. Ihr Hauptapostel ist Tom Mann, einer der Organisatoren des Londoner Dockstreiks von 1889. Er begann seine Propaganda im Jahre 1910 nach der Rückkehr von einem vierzehnjährigen Aufenthalt in Australien, wo er 1909 eine führende Rolle in dem mißglückten Streik der Bergarbeiter von Broken Hill in N.S.Wales gespielt hatte und mit einer tiefen Unbefriedigung über den dort durchgeführten Staatssozialismus erfüllt worden war. Von Juli 1910 bis Juni 1911 gab er allmonatlich eine Flugschrift „The Industrial Syndicalist" heraus; die einzelnen Hefte enthalten teils Aufforderungen zum Klassenkampfe an die Arbeiterklasse im allgemeinen, teils wenden sie sich an die Arbeiter einzelner Gewerbe, so sind die Augustnummer 1910 und die Juninummer 1911 an die Transportarbeiter gerichtet, die Mainummer 1911 befaßt sich mit den Eisenbahnern und fordert sie zur Solidarität und zur direkten Aktion auf, das Februarheft 1911 war „Miners wake up" betitelt und enthielt Beiträge von Noah Ablett und W. F. Hay, einstigen Schülern und jetzigen Lehrern von Central Labour College. Vom Juli 1911 an erschien eine Monatsschrift, betitelt „The Syndicalist Railwayman", die seit Januar 1912 den Titel „The Syndicalist" führt[1]. Unter den Bergleuten von Süd-Wales war während des Kohlenstreiks eine Flugschrift verbreitet, „The Miners' Next Step"[2], als deren Verfasser keine bestimmte Person, sondern „The Unofficial Reform Committee" zeichnet. Dieses „Unoffizielle Reform-Komitee" hatte sich gebildet im Gegensatz zu einem von der Exekutive der S.W.M.F. eingesetzten Komitee, das über eine Änderung der Konstitution der Federation beraten sollte. Die Vorschläge dieses Komitees wurden von einem Teil der Mitglieder als „ein ganz wertloses und höchst bureaukratisches System der Zentralisation" verworfen, und die unzufriedenen Elemente bildeten aus ihrer Mitte ein anderes Komitee, dessen Vorschläge in der Flugschrift enthalten sind[3]. Außerdem gibt Tom Mann seit dem Sommer 1911 in Liver-

---

[1] Monatlich bei Guy Bowman, Walthamstow, London E.

[2] Tonypandy, bei Robert Davies & Co. 1912.

[3] Um der Entwicklung zu geschlossenen Zentralverbänden, in denen bezahlte Beamte herrschen, vorzubeugen, sollen die einzelnen Logen, die den eigentlichen Mittelpunkt des gewerkschaftlichen Lebens bilden, souveräne Kontrolle über ihre Angelegenheiten haben; sie sollen auf eigene Hand mit den Arbeitgebern verhandeln, bei Streiks sich aber der Unterstützung der gesamten Industrie versichern.

pool eine Monatsschrift heraus, betitelt „The Transport Worker", die von A. D. Lewis folgendermaßen charakterisiert wird: „Diese Monatsschrift handelt von den Beschwerden in verschiedenen Gewerben und von Punkten der Gewerkvereinspolitik; sie befürwortet Trade Unionismus und gemeinsame Aktion seitens der Gewerkvereine und warnt die Arbeiter vor der Labour Party und vor einer Politik der Verstaatlichungen und Munizipalisierungen" [1]. Auch die täglich erscheinende extrem sozialistische Arbeiterzeitung „Daily Herald" enthält zuweilen syndikalistische Beiträge, z. B. von dem Eisenbahner Passmore. Neben der Propaganda durch die Schrift geht die des Wortes in besonders berufenen öffentlichen Versammlungen und in improvisierten Ansprachen auf öffentlichen Plätzen und in den Parks. Tom Mann fand von Anfang an die Unterstützung seines Kampfgenossen von 1889 Ben Tillett, des Führers der Londoner Docker; eine besonders rege Propaganda der Tat wurde seit 1910 unter den Seeleuten und Hafenarbeitern entfaltet durch den Sekretär des Gewerkvereins der Seeleute und Heizer, Havelock Wilson und durch Mme. Sorgue, eine französische Syndikalistin, die in den englischen Hafenplätzen Ansprachen hielt und Dock- und Hafenarbeitern das Evangelium der direkten Aktion verkündete. Zu agitatorischen Zwecken wurde 1910 auf einer Konferenz in Manchester, zu der zahlreiche lokale Gewerkvereinsorganisationen, hauptsächlich aus der Umgegend, sowie einige Gewerkvereinsräte und sonstige syndikalistische und sozialistische Körperschaften Vertreter geschickt hatten, die Industrial Syndicalist Educational Leage gegründet, die Redner in Arbeiterversammlungen entsendet, damit sie dort Anhänger für die syndikalistische Bewegung gewinnen [2].

Die syndikalistische Propaganda war einige Jahre unter

---

[1] A. D. Lewis, Syndicalism and the General Strike, London 1912.

[2] Diese Liste ist insofern interessant, als sie einen Einblick darein gewährt, in welchen Gewerben und in welchen Distrikten vornehmlich die Anhänger der neuen Bewegung zu finden sind. Unter 42 Rednern sind sechs Eisenbahner, acht Bergleute (darunter sechs der S.W.M.F. angehörig), sieben Seeleute und Docker, aber auch Maschinenbauer, Drucker, Zimmerleute und andere sind vertreten; auffällig ist das Fehlen der Textilarbeiter, deren alte, gut organisierten Gewerkvereine einen sicheren Damm gegen die revolutionäre Lehre zu bilden scheinen. Daß syndikalistische Elemente aber auch in die Reihen der bestorganisierten und konservativsten Gewerkvereine eingedrungen sind, davon zeugt die Tatsache, daß von den vier Einberufern der Konferenz in Manchester, die zur Gründung der I.S.E.L. führte, zwei als Mitglieder der A.S.E. zeichneten. Was die örtliche Verbreitung des industriellen Syndikalismus betrifft, so hat er seinen Hauptsitz in Süd-Wales, außerdem verteilen sich seine Anhänger auf die Midlands, auf London und auf die meisten Häfen des Königreichs, vor allem Liverpool, Newcastle und Glasgow, dagegen scheint er fast gar nicht nach dem Süden vorgedrungen zu sein.

der Oberfläche am Werke gewesen, ehe die Öffentlichkeit von der Existenz einer revolutionären Bewegung in England erfuhr. Es geschah dies durch einen Prozeß, der zur Zeit, als sich das Land in der schweren inneren Krise des nationalen Kohlenstreiks befand, besonders alarmierend wirkte.

Im März 1912 wurden Guy Bowman, Journalist, und die Gebrüder Buck, Drucker, angeklagt, „weil sie in verräterischer, böswilliger und vorsätzlicher Weise, durch Veröffentlichung gewisser Druckschriften, genannt „The Syndicalist" versucht haben, Personen, die in der Armee S. M. des Königs dienen, zu Land oder zur See, von ihrer Pflicht und Schuldigkeit gegenüber S. M. abspenstig zu machen, und besagte Personen aufzureizen, verräterische und heuchlerische Handlungen zu begehen im Widerspruch zu dem Gesetz gegen Meuterei von 1797". Es mutet gewiß seltsam an, daß ein Gesetzesakt aus so alter Zeit ans Licht gezogen werden mußte, um gegen diese modernste revolutionäre Bewegung vorzugehen; die letzte Verurteilung unter dem Gesetz hatte 1804 stattgefunden.

In dem „Offenen Brief an die Soldaten" hieß es u. a.: „Männer, Kameraden, Brüder! Ihr seid in der Armee, wir auch. Ihr seid in der Armee der Destruktion, wir in der industriellen oder Armee der Konstruktion. Wir arbeiten im Bergwerk, in der Mühle, der Schmiede, der Fabrik oder dem Dock, wo wir alle jene Güter hervorbringen, die den Menschen das Leben ermöglichen. Ihr seid die Söhne von Arbeitern. Wenn wir streiken, um unser Los zu verbessern, auch das Los Eurer Väter, Mütter, Brüder und Schwestern, werdet Ihr von Euern Offizieren aufgefordert, uns zu ermorden. Tut es nicht. — — — ‚Du sollst nicht töten', sagt die Bibel. Vergeßt das nicht! Es heißt nicht: ‚außer wenn Du eine Uniform an hast'. Mord ist Mord, ob begangen in der Hitze der Leidenschaft an jemandem, der sich gegen eine geliebte Person vergangen hat, oder durch pipe-clayed Tommies mit Revolvern. Jungen, tut es nicht!" [1].

Der Herausgeber des „Syndicalist", Bowmann, wurde zu neun Monaten, die Drucker zu je sechs Monaten Gefängnis mit Zwangsarbeit verurteilt, doch wurden die Strafen später ermäßigt. Kurz darauf wurde Tom Mann, der sich in einer Versammlung mit den Angeklagten solidarisch erklärt und den offenen Brief verlesen hatte, wegen Meuterei angeklagt und zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Diese und mehrere ähnliche Prozesse, die rasch aufeinander folgten, veranlaßten verschiedene Interpellationen über den Syndikalismus im Unterhaus und alarmierten die Öffentlichkeit, so daß die Bedeutung und Ausdehnung der Bewegung überschätzt wurde und eine Flut von Veröffentlichungen über den Syndikalismus folgte.

[1] Daily Telegraph, March 23rd 1912.

Die Lehren des englischen Syndikalismus.

Die Lehren, die den englischen Arbeitern im „Industrial Syndicalist“ und in den übrigen Publikationen vorgetragen werden, sind widerspruchsvoll und lassen sich schwer systematisieren[1]. Der „syndikalistische Unionismus“ (auch industrieller Unionismus), wie die englische Bewegung von ihren Vertretern bezeichnet wird, hat eine doppelte Wurzel in dem französischen revolutionären Syndikalismus und in der amerikanischen revolutionären Arbeiterbewegung der Industrial Workers of the World. Der Grundton ist wie bei seinen Vorbildern die Hervorhebung des Antagonismus der Klassen und der Aussichtslosigkeit des Proletariats, auf dem Boden der bestehenden Gesellschaftsordnung seine Lage zu verbessern, das Endziel der Umsturz dieser Ordnung und die künftige Kontrolle der Produktion durch Arbeitersyndikate. „Er ist“, wie es im „Industrial Syndicalist“ heißt, „eingestandenermaßen und offenkundig revolutionär in Ziel und Methode. Revolutionär im Ziel, weil er auf die Beseitigung des Lohnsystems ausgeht und darauf, den Arbeitern die vollen Früchte ihrer Arbeit zu sichern, und dabei bestrebt ist, das Gesellschaftssystem aus einem kapitalistischen in ein sozialistisches zu verwandeln. Revolutionär in der Methode, weil er es zurückweist, in irgendwelche langen Kontrakte mit den Arbeitgebern zu treten, sei es, daß diese durch die Gesetzgebung oder mit Unterstützung des Staates, sei es, daß sie freiwillig zustande kommen, und weil er jede Gelegenheit zum Kampfe für die Verbesserung der allgemeinen Lage ergreifen will, so daß er ständig an Boden gewinnt und niemals an Boden verliert“[2].

Der englische Syndikalist jagt jedoch nicht nur dem fernen Ideale einer künftigen Wirtschaftsordnung nach, sondern strebt zugleich jede mögliche Verbesserung in der Lage der Arbeiter unter den gegenwärtigen Verhältnissen an, denn, bemerkt Tom Mann, den schlecht bezahlten Arbeitern zu antworten, daß alles besser werden würde unter der Herrschaft des Sozialismus, hieße ebenso handeln, wie der Pfarrer, der die Leiden der Armen zu mildern sucht durch den Trost:

---

[1] Treffend bemerken S. u. B. Webb: „Es besteht eine besondere Schwierigkeit hinsichtlich irgendeiner gerechten Würdigung des britischen Syndikalismus, da die Bewegung (gerade wie britischer Liberalismus oder Konservativismus oder britischer Sozialismus) keinen unbiegsamen und festen Glaubenssatz (no hard and fast creed) oder endgültige Formel vertritt, sondern ein Gemisch von Gedanken und Gefühlen ist, von denen einige auf eine letzte ideale Gestaltung der Gesellschaft hinweisen, andere eine Vorliebe ausdrücken für besondere Aktionsmethoden, während wieder andere nur der Ausfluß persönlicher oder Klassenvorurteile zu sein scheinen.“ (What Syndicalism means, Beilage zu „The Crusade“, August 1912.)

[2] Industrial Syndicalist, July 1910: Prepare for action.

„In der nächsten Welt wird es besser sein“ [1]. Deswegen sollen die Arbeiter nicht ruhen, bis ihre sämtlichen Genossen sich eines achtstündigen Arbeitstages und eines Minimallohnes von 5 sh erfreuen, für die Bergleute und für die Arbeiter der chemischen Industrie wird wegen der Fährlichkeit ihrer Berufe ein Sechsstundentag gefordert; in der Verkürzung der Arbeitszeit sieht Tom Mann die Lösung der Arbeitslosenfrage.

Unter den Methoden des industriellen Unionismus steht wie bei den französischen Syndikalisten die direkte Aktion im Vordergrund. Man kann unterscheiden zwischen den Kampfesmitteln, die unter den gegebenen Produktionsverhältnissen täglich zur Anwendung gebracht werden und den Zweck haben, die Produktion dem Unternehmer möglichst zu erschweren, und solchen, durch die von Zeit zu Zeit wuchtige Schläge gegen das gesamte bestehende Wirtschaftssystem geführt und die Macht des vereinigten Proletariats manifestiert werden soll.

Zu der ersten Art gehören alle jene Waffen des Guerillakrieges, die in Frankreich als Sabotage bezeichnet werden und aus früheren Zeiten der englischen Arbeiterbewegung als Ca'Canny bekannt sind, schlechtes, langsames Arbeiten, häufige, spontane Streikausbrüche, Zerstörung der Produktionsmittel, kurz, ein Vorgehen gemäß dem Satze „Die Arbeit entsprechend dem Lohne“. So wird den lokalen Logen der Bergleute in „The Miners' Next Step“ empfohlen, an Stelle der alten Methode der Arbeitseinstellung bei geringfügigen Beschwerden, „die wissenschaftlichere Waffe des Irritationsstreiks anzuwenden, bei der sie einfach an der Arbeit bleiben, ihre Fördermenge reduzieren und so durch ihr allgemeines Verhalten es dahin bringen, das Bergwerk unrentabel zu machen“, zugleich soll eine ständige Agitation getrieben werden behufs Steigerung des Minimallohnes und Verkürzung der Arbeitszeit, „bis wir die Gesamtheit der Unternehmergewinne herausgepreßt haben“. Als erfolgreiches Beispiel der Anwendung des Irritationsstreiks wird folgendes angeführt: „Vor einigen Jahren wünschte die Verwaltung in einem gewissen Bergwerk Vorrichtungen einzuführen, um die Kleinkohle zu sondern. Die Arbeiter, die für die Fördermenge im ganzen bezahlt wurden, d. h. für Groß- und Kleinkohle zusammen, erhoben Einspruch, da sie darin das dünne Ende eines Keiles sahen, um ihren Verdienst herabzusetzen. Die Leitung blieb fest, und die Arbeiter, anstatt zu streiken, reduzierten ihre Fördermenge um die Hälfte. An Stelle vier Kohlenwagen heraufzusenden, wurden nur zwei gefüllt. Die Leitung sah ihre Fördermenge um die Hälfte verringert, während die Betriebsausgaben dieselben blieben. Das Vorgehen weniger Tage verwandelte eine gewinnbringende

[1] Industrial Syndicalist, October 1910: All Hail Solidarity.

Industrie in eine mit Verlust arbeitende und endete damit, daß die Arbeiter gewannen durch eine Politik des „hands down".

Doch fehlt dem englischen Syndikalismus jene feine wissenschaftliche Durchbildung der Sabotage, die sie in Frankreich erhalten hat, wo Lehrbücher über ihre systematische Anwendung erschienen sind. Der Hauptnachdruck wird auf den offengeführten Klassenkampf gelegt [1], als dessen wirksamste Waffe der Generalstreik gilt, Generalstreik nicht in dem französischen Sinne der Mythe Sorels, sondern in dem Sinne des gemeinsamen Vorgehens aller Arbeiter einer oder mehrerer Industrien eines Landes, um eine Lähmung des Wirtschaftslebens hervorzubringen. „Der Gebrauch des Generalstreiks muß vervielfacht und erweitert werden, so daß eine immer größere Anzahl von Arbeitern in den tatsächlichen Kampf gezogen werden, und daß jene Einheit der Aktion und Gleichheit der Inspiration entwickelt wird, die sie wie eine Klasse denken und handeln läßt, für die direkte und gewaltsame Expropriation der Kapitalisten" [2]. Die Arbeiterklasse muß sich im Stillen auf einen großen Schlag gegen die Kapitalisten vorbereiten, da diese durch einen plötzlichen Angriff um so schwerer getroffen werden. „Wir müssen uns wissenschaftlich vorbereiten", schreibt Tom Mann, „ungefähr eine Woche die gewöhnliche Tretmühle im Interesse der kapitalistischen Klasse stillstehen zu lassen, und es ist nicht absolut notwendig, daß wir uns angelegen sein lassen, diese Klasse besonders über unsere Bewegungen und Absichten zu unterrichten" [3].

---

[1] Seit dem Fehlschlage des Londoner Hafenarbeiterstreiks im Sommer 1912 wird im „Syndicalist" nicht mehr wie früher das Hauptgewicht auf eine Politik der Arbeitseinstellungen gelegt, sondern auf die Sabotage, bei deren Anwendung die Arbeiter an der Arbeit bleiben. „Ihre (der Kapitalisten) Armee, ihre Marine, ihre Polizei, ihre Bürgerwehr, ihre Organisationen der Arbeitswilligen sind nutzlos für sie, wenn die Armee der Arbeiter in den Werkstätten bleibt. Bekämpft deshalb die Unternehmer, während Ihr für sie arbeitet, verderbt ihr Material durch Sabotage, erschöpft ihre Gewinne, übt Sabotage an ihrem Betrieb, während sie Euch ausbeuten, und wenn niemand mit persönlicher Gewalt gegen Euch vorgehen und Euren Platz einnehmen kann." (Syndicalist, Februar 1913.) Eine Versammlung von Mitgliedern der Amalgamated Society of Railway Servants in London kam zu dem Schluß: „Wie töricht ist es, zu streiken und uns auf diese Weise in die Macht der Gesellschaften zu begeben, die uns durch Aushungerung zur Unterwerfung zwingen, wenn wir durch einen etwas intelligenten Gebrauch von Sabotage usw. bei der Arbeit unser Ziel erreichen könnten."

Den Telephonarbeitern wird empfohlen, die Drähte falsch zu verbinden, sie in die Erde zu leiten oder sie an einigen Stellen durch Seile zu ersetzen, um auf diese Weise einen Druck auf die Regierung auszuüben.

[2] Industrial Syndicalist, J. B. Allen in „Symposion on Syndicalism" Januar 1911.

[3] Do., The Transport Workers, August 1910.

An die Stelle des bisher üblichen Teilstreiks einzelner Arbeiterkategorien, der nur dazu dient, die Stoßkraft der Bewegung zu schwächen, soll der Sympathiestreik treten, die Unterstützung von streikenden Arbeitern eines Gewerbes durch die gleichzeitige Arbeitsniederlegung in anderen Industrien, besonders wird an die Klassensolidarität der Transportarbeiter appelliert, die oft die Entscheidung über den Ausgang eines Streiks in der Hand haben, da sie sich weigern können, von Streikbrechern hergestellte Produkte oder Züge mit Militär, Polizei und Arbeitswilligen zu befördern. „Die Schiffahrt und die Eisenbahnen, die Trams und die Droschken, Taxameter und Motoromnibusse, Automobile und Char-à-bancs, alle gehören zur Transportindustrie, ein Stillstand aller dieser wird einfach allmächtig sein, alles zu erzwingen, was die Arbeiter wünschen könnten; in drei Tagen wird die gesamte Tätigkeit Großbritanniens so gelähmt sein, wie keine andere Gewalt es zu tun vermöchte, und wir sind bestrebt, dieses Ziel herbeizuführen, wenn nicht schleunigst Abhilfe auf anderem Wege geschaffen wird“ [1].

Jede Politik des Friedens und der Kompromisse mit den Arbeitgebern dient dem Interesse der Gegenpartei und ist zu verurteilen. „Diese Einigungsmethoden“, heißt es im Hinblick auf die Einigungsämter der Eisenbahngesellschaften, „spalten nicht nur die Arbeiter in unzählige Gruppen und machen durch deren besondere Vereinbarungen solche Teilungen permanent, sondern sie lähmen auch, indem sie die Arbeiter auf lange Perioden hinaus binden, den Klassenkampf und verlangsamen den Fortschritt der Arbeiterbewegung“ [2].

Die wahren Befürworter derartiger Methoden und daher das Haupthindernis auf dem Wege der ökonomischen Befreiung der Arbeiter sind die „Führer“, die gegenwärtigen Gewerkvereinsbeamten, die deshalb vor allem verdrängt werden müssen. Zwischen ihnen und der Masse der Arbeiter besteht ein natürlicher Interessengegensatz, wie in „The Miners' Next Step“ näher ausgeführt wird. „Der Führer erkennt nicht die Notwendigkeit eines hohen Grades von Intelligenz unter dem rank and file, außer, damit sie seinen Taten Beifall zollen. Im Gegenteil ist solche Intelligenz, da sie Kritik und Opposition hervorruft, von seinem Standpunkt aus ein Hindernis und verursacht Verwirrung. Sein Motto ist „Leute, seid loyal gegenüber Euren Führern“, seine logische Grundlage: Plenarbefugnisse, sein soziales und ökonomisches Prestige ist davon abhängig, daß er vom Publikum und von den Arbeitgebern geachtet wird“.

Nicht so unbedingt wie die gewerkschaftlichen Methoden

---

[1] I. Syndicalist, August 1910.
[2] Do., The Railwaymen, Mai 1911.

der kollektiven Vertragsschließung wird von den industriellen Syndikalisten die politische Wirksamkeit verworfen im Gegensatz zu ihren französischen Lehrern. Die politische Aktion soll die ökonomische ergänzen. „Laßt die Politiker tun, so viel sie können, sobald eine ökonomische Streitkraft im Lande sein wird, bereit, sie zu unterstützen, so werden sie imstande sein, zu vollbringen, wozu jetzt der Versuch für sie hoffnungslos sein würde“ [1]. „Ich gebe offen zu und erkläre“, sagte Tom Mann bei einer Diskussion über diesen Gegenstand, „daß mehr als eine Methode befolgt werden kann, und ich weiß sehr wohl, daß jeder intelligente Bürger zu allen Zeiten die Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit der politischen Aktion bekräftigt. Gewiß bin ich nicht antipolitisch“.

Doch wird die einseitige parlamentarische Aktion, wie sie von dem Gewerkverein der Textilarbeiter geübt wird, verworfen und die lange Arbeitszeit in dieser Industrie auf diese Tatsache zurückgeführt. Niemals darf der Klassencharakter des gegenwärtigen Staates vergessen werden, deswegen verwirft der Syndikalist alles, was an Staatssozialismus anklingt. Der Unterschied zwischen beiden Richtungen wird von einem Vertreter des Syndikalismus in folgenden Worten skizziert: „Der politische Sozialist sieht überall die Notwendigkeit für den Staat oder die Munizipalbehörde etwas zu tun, und vergißt dabei den Klassencharakter des Staates und seine eigene Lehre, daß alles, was zu tun ist, durch die Arbeiter selbst getan werden muß, und daß kein Gesetz wirksam erzwungen werden wird im Interesse der Arbeiter, bis die Arbeiter es selbst erzwingen können“ [2].

„Verstaatlichung der Bergwerke“ heißt es in „The Miners' Next Step“, „führt nicht in dieser Richtung (der Befreiung der Arbeiter von ökonomischem Druck), sondern schafft einfach einen nationalen Trust mit aller Gewalt der Regierung hinter sich, dessen eigentliches Ziel sein wird, dafür zu sorgen, daß die Industrie so betrieben wird, daß sie die Zinsen der Konsols abwirft, mit welchen die Grubenbesitzer abgefunden werden, und so viel Profit wie möglich herauszuziehen, um die Besteuerung anderer Grundbesitzer und Kapitalisten herabzusetzen“. Die Syndikalisten verlangen nach Tom Mann nicht die Verstaatlichung der Eisenbahnen, die ihre Kapitalisierung bedeuten würde, sondern die völlige Kontrolle und Verwaltung derselben im gemeinsamen Interesse durch die Arbeiter selbst.

Ebenso versprechen sich die Syndikalisten nichts von einem Eingreifen staatlicher Organe in die Kämpfe zwischen Arbeit und Kapital. „Kein Beamter des Handelsamtes wagt

---

[1] I. Syndicalist, Oktober 1910.
[2] A. G. Tufton, J. Syndicalist, November 1910.

irgend etwas zur Förderung der Arbeiterinteressen zu tun. Das Handelsamt ist ein Regierungsdepartement. Die Regierung ist im allgemeinen und im einzelnen die Maschine der Plutokratie, durch die und mit deren Hilfe sie die Arbeiter in Unterwerfung hält“ [1].

In bezug auf die staatlichen Schiedsgerichte in Australien und Neuseeland, die er aus eigener Anschauung kennen gelernt hat, äußert sich Tom Mann, „daß kein intelligenter Mann, wenn er vertraut ist mit der Tätigkeit dieser Instrumente der Gesetzgebung, bereit sein wird, seinen Glauben an irgendeine erfolgreiche Entwicklung der Arbeiterfrage oder die Verwirklichung der Arbeiterideale auf eine derartige Maschinerie zu setzen“, die besten Männer in diesen Staaten seien bestrebt, der Tyrannei der Schiedsgesetzgebung zu entrinnen.

Die politische Aktion tritt daher, wenn sie auch nicht ganz verworfen wird, hinter der industriellen unter den heutigen politischen Verhältnissen zurück. Die englischen Syndikalisten sind nicht wie ihre französischen Genossen aparlamentarisch, sie bedienen sich unter Umständen des Parlaments, aber, wie einer ihrer Vertreter sich ausdrückte, „for destruction“.

Zur wirksamen Anwendung der direkten Aktion bedarf es jedoch zweierlei, der Erziehung der britischen Arbeiter zum klaren Bewußtsein des Klassenkampfes und der vollkommenen Organisation aller Lohnarbeiter. Dem ersten Zwecke, der Stärkung des Klassenbewußtseins der Arbeiter, dient die von der I. S. E. L. betriebene Agitation. „Die bestehenden Unions müssen vereinigt, gestärkt und aufgeklärt werden in bezug auf den wirklichen Zweck, für den ein Arbeiterverein gebildet werden sollte: seine Mitglieder zu lehren, jedesmal, wenn sie den Fabrikhof, die Mühle, das Bergwerk betreten, zu denken: ‚das ist der Platz, wo meine Arbeitsgenossen und ich ausgebeutet werden, das ist der Platz, den ich im Gange erhalte, das ist der Platz, den wir besitzen und kontrollieren sollten‘ [2].“

Vor allem aber bedarf es zur Verwirklichung des syndikalistischen Endzieles einer besseren Organisation der Arbeiter. Hier macht sich besonders der Einfluß der Industrial Workers of the World geltend. Von ihnen stammt der Gedanke, die Arbeiter in großen Industrieverbänden zu organisieren, in denen der Unterschied zwischen gelernten und ungelernten Arbeitern aufgehoben ist, an Stelle der bisherigen nach Beruf spezialisierten Trade Unions, die nur den Arbeitgebern in die Hand arbeiten und unter den Mitgliedern einen engen Kastengeist großziehen [3].

[1] I. Syndicalist, Januar 1911.

[2] Do., Juli 1910.

[3] In einem Flugblatt der I.W.W. heißt es: „Die Gewerkvereine helfen der Arbeitgeberklasse, die Arbeiter irre zu führen zu dem Glauben, daß die arbeitende Klasse gemeinsame Interessen mit den

Während aber die I.W.W. infolge des konservativen Charakters der amerikanischen Gewerkvereine diese völlig ausschalten und neue Organisationen gründen wollen, weist Tom Mann den englischen Trade Unions die Hauptrolle in seinem System zu und richtet daher seine Propaganda in erster Linie auf die bestehenden gewerkschaftlichen Gebilde, auf Trade Unions und Trades Councils, die General Federation of Trade Unions soll die Rolle der Confédération Générale du Travail übernehmen. „Industrieller Syndikalismus", heißt es in einem Flugblatte, „ist kein Einfluß, der die bestehenden Unions sprengen will, sondern eine Macht, sie zu vereinigen. Er ist keine Gewalt, die das zu zerstören sucht, was unsere Väter taten; im Gegenteil, er zielt darauf ab, die bestehende Bewegung zu einer wirklichen Kampforganisation zu machen, fähig, den Klassenkampf auf wissenschaftlichen Linien zu führen". „An Stelle der zahlreichen Berufsorganisationen, die sich oft befehden und sich gegenseitig die Mitglieder streitig machen, muß durch Amalgamierungen für jede Industrie ein großer Verband treten, vor allem muß die Exklusivität einiger Gewerkvereine aufhören, die sie gegenüber den ungelernten Arbeitern verschließt". „Der Handlanger und der Tagelöhner müssen als von gleicher Wichtigkeit behandelt werden wie der hochgelernte Arbeiter, da sie auch Faktoren der Produktion sind. Die Exklusivität einiger der bestehenden Gewerkvereine muß beseitigt werden. Künftig müssen wir uns auf Grund von Klassenunterschieden und nicht nach Beruf oder Handwerk organisieren" [1].

Sind alle Lohnarbeiter in derartigen großen Industrieverbänden organisiert, so wird es ihnen ein Leichtes sein, die Unternehmer auszuschalten und die Leitung der Produktion zu übernehmen. Über die Gestaltung dieser künftigen „industriellen Demokratie" sind die englischen syndikalistischen Schriften noch weniger klar als die französischen. In „The Miners' Next Step" wird folgendes Zukunftsbild entworfen: „Jede Industrie vollkommen organisiert, zuerst um zu kämpfen, dann um die Kontrolle und die Leitung dieser Industrie zu erringen, die Gleichstellung aller Industrien in einem zentralen Produktionsamt, mit einem statistischen Departement, um den Bedarf des Volkes festzustellen, das seine Anweisungen an die verschiedenen Industriedepartements ausgeben wird, indem es den Arbeitern selbst überläßt, zu entscheiden, unter was für Bedingungen und wie die Arbeit getan werden soll. Dies würde wahrhafte Demokratie in wahrhaftem Leben bedeuten

---

Arbeitgebern hat." Die I.W.W. gehen dagegen davon aus, „daß die arbeitende Klasse und die Arbeitgeberklasse nichts gemein haben. Es kann kein Friede sein, solange Hunger und Mangel unter Millionen von Arbeitern herrschen und solange die wenigen, welche die Arbeitgeberklasse bilden, über alle Genüsse des Lebens verfügen."

[1] I. Syndicalist, September 1910: „Forging the Weapon."

und den Weg bahnen zu wahrhafter Männlichkeit und wahrhafter Weiblichkeit. Jede andere Form der Demokratie ist ein Betrug und eine Falle".

In der Praxis unterscheidet sich der englische Syndikalismus, da er das politische Mittel nicht völlig verwirft, nicht wesentlich von dem extremen Sozialismus, wenn beide Richtungen auch theoretisch in ihrem Endziel auseinandergehen. Zudem muß es fraglich erscheinen, ob nicht das „zentrale Produktionsamt" der Syndikalisten sehr viel Ähnlichkeit haben würde mit dem sozialistischen Zukunftsstaate. Viele Syndikalisten nennen sich geradezu Sozialisten, und die Organe des extremen Sozialismus machen für syndikalistische Ideen Propaganda[1]. Beides sind revolutionäre soziale Bewegungen, die bewußt auf dem Boden des Klassenkampfes stehen, den kollektivistischen Besitz der Produktionsmittel anstreben und zur Verwirklichung dieses Zieles in erster Linie die direkte Aktion der Arbeiter empfehlen. Die jüngsten großen Arbeitskämpfe, besonders im Transportgewerbe, haben gezeigt, daß die Lehren der direkten Aktion und des Klassenkampfes unter den englischen Arbeitern Anhänger gefunden haben, wenn diese auch nur eine „entschlossene Minderheit" bilden und ihre Anschauungen nicht in den offiziellen Beschlüssen auf Gewerkvereinskongressen usw. zum Ausdruck kommen. Haben auch zweifellos zu den großen Arbeitskämpfen während der letzten Jahre noch andere Faktoren beigetragen als die revolutionäre syndikalistische und sozialistische Agitation, so ist ein Zusammenhang zwischen ihr und den Ereignissen, die sich in der englischen Arbeiterbewegung zugetragen haben, doch unverkennbar. Die Augustnummer 1910 des Industrial Syndicalist richtete sich an die Transportarbeiter und forderte sie zur Gründung eines alle Arbeiter der Industrie umfassenden Verbandes auf zwecks gemeinsamer Aktion gegen die Arbeitgeber; im folgenden Monat fand die Gründungskonferenz des nationalen Transportarbeiterverbandes statt, von dem der große Arbeitskampf im Sommer 1911 ausging. Die Februarnummer 1911, die „Miners wake up" betitelt war, richtet an die einzelnen Logen der Bergleute die Aufforderung, auf der bevorstehenden Konferenz der M.F.G.B., „die natürlich von Beamten und dem wohlbezahlten Beamtenstandpunkt beherrscht sein wird", auf eine allgemeine Abstimmung unter den Mitgliedern zu dringen, ob sie bereit seien, sofort für die Forderung nach einem Minimallohne in den Ausstand zu treten; die Mai-

[1] Eine ähnliche Koalition besteht in Frankreich, dem Geburtslande des Syndikalismus. Auch dort bilden die „reinen Syndikalisten" nur ein Element der revolutionären Richtung, die in der C.G.T. den Ton angibt und das Resultat eines Blocks von Anarchisten, revolutionären Sozialisten und Syndikalisten ist (vergl. Louis Levine, The Labour Movement in France, a Study in Revolutionary Syndicalism, London 1912).

nummer 1911 wendet sich an die Eisenbahner und ruft sie zur Solidarität mit den übrigen Arbeitern des Transportgewerbes sowie zur Verwerfung des bestehenden Einigungsverfahrens auf; „das ganze Einigungssystem ist durch und durch schlecht und sollte völlig beseitigt werden". Drei Monate später wurde von den Vertretern der Eisenbahner dieses Einigungsverfahren als der Hauptanlaß zum Generalstreik der Eisenbahner bezeichnet, und gleichzeitig spielte sich neben dem nach außen geführten Kampfe gegen die Eisenbahngesellschaften im Inneren der Gewerkvereine ein nicht minder heftiger Konflikt ab, da ein Teil der Mitglieder gegen die führenden Beamten revoltierte, die als Träger und Befürworter der Einigungspolitik galten [1]. Die letzte Nummer des Industrial Syndicalist, die im Juni 1911 erschien, ist wiederum den Transportarbeitern gewidmet und fordert sie zum Kampf gegen den mächtigen Schiffahrtsverband auf, eine Aufforderung, die im folgenden Monat in die Tat umgesetzt wurde.

Muß es auch wegen der Kürze und des geringen Umfanges der Erfahrung dahingestellt bleiben, ob hier eine neue Wendung in der Gesamtentwicklung vorliegt, oder ob es sich nur um vorübergehende, durch besondere Verhältnisse bedingte Erscheinungen handelt, so fordert doch bei einer Beurteilung des heutigen Standes der englischen Arbeiterbewegung und ihrer Entwicklungstendenzen die Tatsache Beachtung, daß ein Teil der englischen Arbeiterschaft für die Idee des Klassenkampfes gewonnen worden ist.

Zweites Kapitel.

Bekehrung der öffentlichen Meinung und der Regierung zu staatssozialistischen Maßnahmen.

Noch ein zweites Moment tritt bei Betrachtung der jüngsten sozialen Bewegung in England hervor: die zunehmende Einmischung der staatlichen Organe in die Verhältnisse zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern.

Dieselben Jahre, in denen die gewaltigen Arbeitskämpfe der englischen Volkswirtschaft schwere Erschütterungen verursacht haben, waren eine Periode äußerst fruchtbarer sozialpolitischer Gesetzgebung, die mit der Übernahme der Regierung durch die liberale Partei im Jahre 1906 begann. Das sehr reichhaltige sozialpolitische Programm der liberalen Mehrheit, zu der auch die 1906 zum ersten Male im Parlament vertretene Arbeiterpartei gehörte, umfaßte die Einführung staat-

[1] Über die Einzelheiten dieser Kämpfe vergl. Teil II über die Eisenbahnerfrage.

licher Alterspensionen, die Schaffung staatlicher Arbeitsnachweise, die Festsetzung eines Achtstundentages im Bergbau, die Errichtung von Lohnämtern für die Hausindustrie, die staatliche Arbeiterversicherung, Maßnahmen der inneren Kolonisation, Projekte, die in den Jahren 1907—1912 in die Tat umgesetzt worden sind und sämtlich ein weitergehendes Eingreifen des Staates in das Wirtschaftsleben darstellen, als es den bisher in England herrschenden Anschauungen, insbesondere auf liberaler Seite, entsprach.

I. Sicherung eines Minimums der Lebenshaltung, besonders eines Minimallohnes für unterdrückte Bevölkerungsschichten durch staatliche Aktion.

Die staatssozialistisch gerichtete Gruppe der Liberalen, vor allem ihr Führer, der Schatzkanzler Lloyd George, ließ sich bei derartig tiefgreifenden sozialreformatorischen Maßnahmen von der Überzeugung leiten, daß die Gesamtheit, die ein Interesse an der Gesundheit und Leistungsfähigkeit aller Glieder des Gemeinwesens hat, eine kollektive Verantwortlichkeit für die sozialen Zustände des Landes besitzt und deshalb verpflichtet ist, jenen Schichten eine hinlängliche Lebenshaltung zu gewährleisten, die sie nicht aus eigener Kraft zu erlangen und zu behaupten vermögen. Es ist der Gedanke, der in den Worten zum Ausdruck kommt, mit denen Lloyd George im Jahre 1909 sein berühmtes, auf sozialreformatorischen Ideen beruhendes „Budget des Volkes“ ankündete: „Unser Land zählt 43 Millionen Menschen. Mag Zufall oder Vorsehung darüber entschieden haben, jedenfalls waren sie bei der Auswahl ihres Geburtslandes unbeteiligt. Wenn Hunderte und Tausende von ihnen hungern oder auf der Schwelle des Hungers stehen, so dürfen wir es nicht der Vorsehung zur Last legen. Unser Land ist reich genug, um ihnen allen, ja, bei angemessener Wirtschaftsführung vielen weiteren Millionen Nahrung, Kleidung und Obdach zu bieten. — Soweit die Armut durch Umstände jenseits der Kontrolle des Armen bedingt ist, müßte der Staat bis zur alleräußersten Grenze seiner Hilfsquellen einschreiten und den Unglücklichen von der körperlichen und seelischen Marter bitterer Not erlösen“ [1].

Auf Grund der Überzeugung, daß der Staat selbst nicht vor einem Eingreifen in die Normierung der Löhne zugunsten von Arbeiterschichten zurückschrecken soll, die nicht imstande sind, sich aus eigener Kraft einen Living Wage zu sichern, wurde im Jahre 1909 zunächst für vier kleinere, als Schwitzindustrien bekannte Gewerbe das Lohnämtergesetz erlassen [2],

[1] David Lloyd George, Bessere Zeiten, Jena 1911.
[2] Trade Boards Act, 1909 (9 Edw. 7. Ch. 22).

das zum ersten Male in der sozialen Geschichte des Landes die Festsetzung der Löhne der freien Vereinbarung zwischen den Parteien entzieht. Die Lohnsätze, die von den auf Grund des Gesetzes gebildeten und in einem Teile ihrer Mitglieder vom Handelsamt ernannten Lohnämtern normiert worden sind, erhalten Gesetzeskraft als Minimallöhne für das betreffende Gewerbe. Als der damalige Minister des Innern Churchill dieses Gesetz im Unterhaus einbrachte, erklärte er, daß es sich hier um eine Maßnahme handele, die zur Abstellung von anormalen Zuständen dienen solle, zur Heilung von kranken Industrien, die aus eigener Kraft nicht zur Gesundung zu gelangen vermöchten, zugleich betonte er aber nachdrücklich, daß für die großen Standardindustrien, in denen die Lohn- und Arbeitsbedingungen durch die beiderseitigen Organisationen auf Grund von Lohnskalen oder im Einigungs- und Schiedsverfahren geregelt werden, ein derartiges Eingreifen des Staates abzulehnen sei, ja, geradezu schädlich wirken müsse[1].

Drei Jahre später, im März 1912, brachte die Regierung das Minimallohngesetz für den Kohlenbergbau ein und befürwortete damit einen Eingriff öffentlicher Organe in die Lohnfixierung der bestorganisierten Arbeiterkategorie des Landes, die seit Jahrzehnten ihre Lohnverhältnisse mittels ihrer Organisationen in gemeinsamen Vereinbarungen mit den Arbeitgebern geregelt hatte. Dieses Gesetz kommt der staatlichen Lohnfixierung und dem obligatorischen Schiedsverfahren sehr nahe, denn für den Fall, daß die Distriktsausschüsse sich nicht über den Minimallohn einigen können, wird dieser vom Handelsamt normiert, und der so festgesetzte Lohn erhält Gesetzeskraft[2]. Der Premierminister Asquith begründete das Gesetz

---

[1] House of Commons, April 28th 1909. Vergl. auch Winston Spencer Churchill, Liberalism and the Social Problem, 1909.

[2] Der Gedanke einer gesetzlichen Festsetzung von Minimallöhnen für gewisse Arbeiterkategorien ist in England keineswegs erst jüngsten Datums, sondern bereits 1796 fanden darüber Verhandlungen im Parlament statt. Die Whigs Fox und Samuel Whitbread brachten eine Bill ein, derzufolge das berühmte Gesetz der Königin Elisabeth vom Jahre 1562 dahin abzuändern sei, daß die Friedensrichter nicht nur die Befugnis zur Festsetzung von Maximallöhnen, sondern für die Landarbeiter auch zur Festsetzung von Minimallöhnen erhalten sollten. Zur Begründung wurde die außerordentliche Notlage dieser Arbeiterkategorie geltend gemacht, deren Löhne weit hinter den Preisen der Lebensmittel zurückgeblieben seien. „Er fühle," führte Whitbread aus, „so lebhaft wie irgend jemand, daß in derartigen Angelegenheiten kein gesetzgeberisches Eingreifen stattfinden und daß der Preis der Arbeit, wie der jeder anderen Ware, der Selbstregulierung überlassen werden solle. Bei deduktiver Betrachtungsweise ergebe sich, daß er immer zu dieser Selbstregulierung gelangen müsse, aber die Deduktionen der Vernunft würden durch die Tatsachen der Erfahrung widerlegt." Sein Wunsch gehe dahin, „die arbeitenden Armen aus einem Zustande der sklavischen Abhängigkeit zu befreien, den Landmann, der seine Tage in unablässiger Mühe zubringe, in die Möglichkeit zu versetzen, seine

damit, „daß Seiner Majestät Regierung sich nach sorgfältiger Prüfung überzeugt habe, daß es Fälle gibt, in denen die unter Tag beschäftigten Arbeiter nicht einen ausreichenden Minimallohn zu verdienen vermögen, infolge von Ursachen, über die sie keine Kontrolle haben", zugleich erklärte er ausdrücklich: „Ich wünsche für mich und für meine Kollegen klarzustellen, daß wir erst zur Gesetzgebung gegriffen haben, nachdem alle Hoffnung auf Beilegung durch friedliche Vereinbarung geschwunden war", und sprach von dem „großen und unverhohlenen Widerstreben, mit dem sich die Regierung zu diesem Schritte entschloß".

II. Der Schutz der Gesamtheit bei Arbeitskämpfen.

Die Regierung griff zu dieser Maßnahme, die den Anschauungen ihrer leitenden Persönlichkeiten widerstrebte, unter dem Zwang, das Land aus der kritischen Situation des allgemeinen Kohlenstreiks zu befreien. — Neben der Forderung, zur Abstellung sozialer Schäden den unterdrückten Schichten durch staatliches Eingreifen eine ausreichende Lebenshaltung zu sichern, hat sich in den letzten Jahren eine neue unabweisbare Aufgabe der Regierung aufgedrängt und verlangt gebieterisch ihre Lösung: der wirksame Schutz des Gesamtinteresses bei industriellen Kämpfen.

Der Zug, der die Physiognomie der gegenwärtigen Arbeitsunruhen wesentlich von derjenigen früherer Jahrzehnte unter-

---

Familie mit einem gewissen Grade von Behaglichkeit zu ernähren, zu kleiden und ihr eine Wohnung zu bieten, die Jugend des Landes von der Notwendigkeit zu befreien, in die Armee oder in die Marine eintreten zu müssen oder sich in großen Städten zusammenzudrängen, um dort ihren Unterhalt zu erwerben, und es demjenigen, der den Boden pflügte und das Getreide säte und drosch, zu ermöglichen, von den Früchten seines Fleißes zu kosten, indem er ein Anrecht auf einen Teil seines Arbeitsproduktes erhielt."

Der Entwurf fand die Gegnerschaft des jüngeren Pitt, des damaligen Schatzkanzlers, der darauf hinwies, daß „die Frage, ob die Löhne durch Selbstregulierung der Prinzipien oder durch staatliches Eingreifen festzusetzen seien, längst durch die berühmtesten Schriftsteller der politischen Ökonomie und durch die Erfahrung der blühendsten Länder zugunsten der Nichteinmischung entschieden sei". Mittel zur Abstellung der bestehenden Not, die er durchaus zugab, sah er in einer Reform des Armenrechtes und in einer weiteren Ausdehnung der Kinderarbeit. „Die Erfahrung habe gezeigt, wieviel durch die Arbeitsamkeit von Kindern erreicht werden könne, und die großen Vorteile dargetan, die eine Beschäftigung von Kindern in solchen Zweigen der Manufakturen biete, die sie zu versehen imstande seien."

Gleichzeitig wies er, ähnlich wie es aus Anlaß der jüngsten sozialen Gesetzgebung in England geschehen ist, auf die großen Gefahren einer ad hoc Gesetzgebung hin.

Die Macht seiner Argumente, die durchaus der herrschenden Meinung entsprachen, und sein großer politischer Einfluß brachten den Entwurf damals wie auch bei seiner nochmaligen Einbringung im Jahre 1800 zu Fall. (Vergl. Hansard's Parliamentary Debates, Vol. 32 u. 34.)

scheidet und vor allem die Ursache dafür ist, daß sie ganz andere Reaktionserscheinungen in der Gesellschaft, im Verhalten der Regierung wie der öffentlichen Meinung hervorrufen, als vergangene Kämpfe zwischen Arbeit und Kapital, ist ihre Ausdehnung sowohl in territorialer als in industrieller Beziehung. Auch die größten Streiks waren früher auf bestimmte Gebiete und Gewerbe beschränkt, stets blieb den Konsumenten die Möglichkeit, sich aus anderen Distrikten, mit den durch den Stillstand ausfallenden Produkten zu versorgen, stets war es nur ein Glied in der Kette der industriellen Produktion, das den Dienst versagte und leicht aushilfsweise aus verwandten Gewerben ersetzt werden konnte. Wird jedoch die Volkswirtschaft an so empfindlichen Stellen getroffen, daß wichtige nationale Dienste wie die Nahrungsmittelzufuhr der Bevölkerung, die Kanalisation der Großstädte, der Eisenbahnbetrieb auf den Hauptverkehrsadern zum Stillstand kommen, so sind es nicht die kämpfenden Parteien, die allein und in erster Linie die Kosten des Krieges zu tragen haben, weder die Arbeiter, die mit ihren Familien infolge des Lohnausfalles Not und Entbehrungen ausstehen, noch die Unternehmer, die Gewinneinbußen erleiden, sondern die Gesamtheit fühlt, daß eine Störung im Leben des volkswirtschaftlichen Organismus eingetreten ist, daß ein wichtiges Rad im Triebwerk des wirtschaftlichen Kreislaufes den Dienst versagt, und die Gesamtheit reagiert auf diese Angriffe und verlangt nach einem Schutz ihrer Interessen[1]. Während der großen Streiks im Transportgewerbe und während des nationalen Kohlenstreiks kam man in England zu der Überzeugung, daß die Festsetzung der Arbeitsbedingungen auf Grund einer vorhergehenden Kraftprobe beider Parteien volkswirtschaftlich zu kostspielig ist, als daß die Vertreter der Allgemeinheit es den Interessenten überlassen könnten, den Kampf bis zur Niederringung einer der Parteien auszufechten. Die Handhabe zum Eingreifen gibt den Behörden der Conciliation (Trade Disputes) Act von 1896, der dem Handelsamt die Befugnis verleiht, aus eigener Initiative die Ursache eines industriellen Streites zu untersuchen und auf Antrag einer der beiden Parteien einen Schiedsrichter oder ein kollegialisch zusammengesetztes Schiedsgericht zu ernennen, dessen Spruch jedoch für keine der Parteien bindend ist. Aber in den Arbeitskämpfen der letzten Jahre zeigte es sich, daß dieses rein subsidiäre Eingreifen der öffentlichen Gewalt und

[1] Einer der besten Kenner der englischen Arbeiterbewegung, das sozialistische Parlamentsmitglied Philip Snowden, urteilt: „Die großen Streiks von 1911 und 1912 waren eingestandenermaßen gegen das Gemeinwesen gerichtet; die, welche verantwortlich für sie waren, erklärten, daß sie auf Erfolg hofften dank der unerträglichen Störung und des Verlustes, den sie der Allgemeinheit durch eine Arbeitseinstellung zufügen konnten.“ Snowden, The Living Wage. London 1912.

die in keiner Weise bindende Form ihrer Entscheidung völlig ungenügend sind, um den sozialen Frieden in dem Umfange zu wahren, wie es dem Interesse der Volkswirtschaft entspricht. Namentlich die Vorgänge im Transportgewerbe und im Eisenbahnwesen taten dar, daß selbst Verträge, die unter der Mitwirkung von Kabinetsministern zustande gekommen und von ihnen gegengezeichnet worden sind, außer Geltung gesetzt werden, wenn eine der Parteien sie als unbequem empfindet. Die heutige liberale Regierung hat die Unzulänglichkeit der bisherigen Befugnisse, die der staatlichen Gewalt bei industriellen Kämpfen den Parteien gegenüber zustehen, erkannt. Zugleich ist sie sich aber der Gefahr einer ad hoc Gesetzgebung bewußt, zu der sie greifen mußte, um das Land von der Krise des Kohlenstreiks zu befreien. Sie weigerte sich deshalb auch, gelegentlich des Londoner Hafenarbeiterstreiks wenige Monate später zum zweiten Male die Gesetzgebungsmaschine zur Beendigung eines Arbeitskampfes in Bewegung zu setzen, verhieß jedoch gleichzeitig eine Neuregelung des gesamten Problems, das in der möglichst schnellen Beilegung industrieller Kämpfe besteht. Über die Art dieser Neuregelung, wie weit sie dem Prinzip der obligatorischen Schiedssprechung entgegenkommen, wie weit sie sich an das Vorbild der Kolonien, etwa Kanadas oder Australiens, anlehnen wird, sind nur Mutmaßungen möglich. Eine kurze Charakteristik der heutigen Situation und einen Ausblick auf die bevorstehende Neuregelung des Problems, das die staatliche Intervention in den Kämpfen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern darstellt, bieten die Worte, mit denen der Schatzkanzler Lloyd George am 23. Juli 1912 die kommende Gesetzgebung ankündigte: „Wir haben keine Befugnis jenseits der Befugnis zur Untersuchung und zur Vermittlung. Die Exekutive hat keine andere Macht in einem Falle wie diesem (dem Hafenarbeiterstreik) — keine. Das ist nicht der Fehler der gegenwärtigen Regierung, und es ist nicht der Fehler ihrer Vorgänger. Der Grund liegt darin, daß bis auf die Gegenwart die öffentliche Meinung keine neuen Befugnisse verlangt hat. Im ganzen war die öffentliche Meinung der Gewährung neuer Befugnisse entgegen. Das ist ganz und gar nicht auf die Kapitalistenklasse beschränkt. Diese Meinung wird in einem sehr hohen Grade von der Arbeitervertretung des Landes geteilt. Wenn sie von der Vermittlung weitergehen, ist der nächste Schritt Zwang, und wenn sie Zwang haben, muß es zweifellos Zwang nicht nur gegenüber einer Partei sein. Ich bin fest überzeugt, daß die Zeit gekommen ist, für eine Neuregelung des gesamten Problems der Beilegung industrieller Kämpfe. — Aber ehe eine Gesetzgebung dieser Art erlassen werden kann, muß notwendigerweise eine Garantie geleistet werden, nicht nur auf der einen Seite,

sondern auch auf der anderen, damit die Entscheidungen nicht nur erzwungen werden sollen, sondern erzwungen werden können, andernfalls würde kein Parlament, dessen bin ich sicher, eine Gesetzgebung sanktionieren, die nur einseitig wäre".

Das Kräfteverhältnis der geistigen Strömungen, die in einem Volke oder in einer einzelnen Volksschicht wirksam sind, läßt sich niemals zahlenmäßig erfassen und exakt angeben, es ist nur möglich, die Tendenzen festzustellen, die sich in der Entwicklung bemerkbar machen. Betrachtet man unter diesem Gesichtspunkte die Kämpfe, die in den letzten Jahren das soziale und das wirtschaftliche Leben Englands erschüttert haben, so treten zwei Richtungen hervor: die staatssozialistischen Tendenzen, die teils der Forderung der Arbeiter nach Sicherstellung ihrer Existenz, teils dem Verlangen der Gesamtheit nach einem wirksamen Schutz ihrer Interessen bei Arbeitskämpfen entspringen und zu einer zunehmenden Intervention der staatlichen Faktoren in die Beziehungen zwischen Arbeit und Kapital führen, und revolutionäre Bestrebungen unter einem Teile der Arbeiterschaft, die sich bald sozialistisch, bald syndikalistisch nennen, bei aller sonstigen Unklarheit ihrer Ziele jedoch durch den gemeinsamen Grundgedanken des Klassenkampfes und des Umsturzes der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung gekennzeichnet sind.

Die Bedeutung, die diesen Triebkräften für das soziale und für das wirtschaftliche Leben des heutigen Englands zukommt, wird um so klarer hervortreten, wenn ihre Wirksamkeit in einem konkreten Falle, in dem Arbeitskampfe der Eisenbahner im Jahre 1911, einer genauen Betrachtung unterzogen wird. Zum Verständnis dieser Bewegung, deren Ursachen und Anfänge mehrere Jahre zurückreichen, bedarf es eines näheren Eingehens auf die Organisation und auf die Arbeitsverhältnisse im englischen Eisenbahnwesen.

Der zweite Teil der Arbeit verfolgt den Zweck, die im ersten Abschnitt geschilderten allgemeinen Entwicklungstendenzen an einem konkreten Beispiel, an dem Arbeitskampfe der englischen Eisenbahner im Jahre 1911, zu veranschaulichen. Zum Verständnis dieser Bewegung wird auf die Verfassung des englischen Eisenbahnwesens, in dem das Privatbahnsystem bis heute seine Herrschaft behauptet hat, sowie auf die Arbeitsbedingungen der Eisenbahner näher eingegangen an der Hand von statistischem Material, das teils offiziellen Charakters ist, teils von den Parteien selbst stammt.

Hierauf werden die Organisationsbestrebungen unter den Eisenbahnern und die ablehnende Haltung geschildert, die ihnen gegenüber von jeher seitens der Eisenbahngesellschaften ein-

genommen worden ist. Es wird darauf hingewiesen, daß sich seit Jahren zwischen den Gesellschaften, die jede Verhandlung mit den Organisationen der Angestellten verweigerten, und den Gewerkvereinen, die bis vor kurzem an einer großen Zersplitterung litten und nur ca. 44 % der Eisenbahner umfaßten, ein Gegensatz herausgebildet hatte, der zum offenen Konflikt führen mußte, sobald der Einfluß der Organisationen auf die Bahnangestellten erstarkt war.

Drittes Kapitel vom zweiten Teil.

Der Arbeitskampf.

Die Bewegung, die eine schwere Krise im englischen Eisenbahnwesen verursachte und im August 1911 in einem Arbeitskampf gipfelte, der an Ausdehnung und an Wirkung auf das Wirtschaftsleben alle früheren Konflikte zwischen den Eisenbahngesellschaften und ihrem Personal übertraf, nahm ihren Ausgang im Jahre 1906, obwohl die Unzufriedenheit der Angestellten und die Spannung zwischen den Gesellschaften und den Gewerkvereinen seit langem bestanden und sich von Jahr zu Jahr verschärft hatte.

I. Das „All-Grades' Movement".

Das Jahr 1906 brachte in England auf politischem Gebiet eine Sammlung der Arbeiterkräfte, die zu der Entsendung von 30 Arbeiterkandidaten ins Unterhaus führte. Die Hoffnung auf die Tätigkeit ihrer parlamentarischen Vertreter hatte jedoch unter den Eisenbahnern nicht den Gedanken an die gewerkschaftliche Aktion getötet. Überzeugt von der Nutzlosigkeit der bisherigen Teilstreiks, leiteten damals die Gewerkvereine das sogen. „All-Grades' Movement" ein, das einen Versuch darstellte, alle Eisenbahnergrade zur gemeinsamen Formulierung von Forderungen und zu ihrer solidarischen Vertretung gegenüber den Eisenbahngesellschaften zu vereinen. Diese Bestrebungen gingen von der A.S.R.S.[1] und der G.R.W.U.[2] aus, während der Verein der Lokomotivführer und Heizer ihnen geradezu feindlich gegenüberstand[3]. Die allgemeine Stimmung unter dem Personal der Eisenbahnen war damals einer auf Solidarität aller Grade gerichteten Bewegung sehr günstig.

[1] Amalgamated Society of Railway Servants.
[2] General Railway Workers' Union.
[3] In dem Jahresbericht für 1911 schreibt der Generalsekretär der Gesellschaft: „Ich muß darauf hinweisen, daß, während die Arbeitsbedingungen anderer Eisenbahnkategorien verbessert worden sind, die unsrigen sich nicht in dem Maße gebessert haben, weil wir durch den sogenannten ‚all gradeism' daran gehindert worden sind."

Wöchentliches Einkommen der Eisenbahnangestellten 1901—1910.
(Fifteenth Abstract of Labour Statistics of the United Kingdom.)

Jahr	Zahl der Angestellten	Durchschnittliches wöchentliches Einkommen pro Kopf (27 Gesellschaften)
1901	440 567	25 s 1/4 d
1902	448 429	24 s 11 1/4 d
1903	448 321	24 s 10 1/2 d
1904	445 557	25 s 1/2 d
1905	449 251	25 s 3 1/2 d
1906	457 942	25 s 5 1/4 d
1907	478 690	25 s 10 d
1908	459 120	25 s
1909	459 444	25 s 4 1/2 d
1910	463 019	25 s 9 d

In allen Klassen der Eisenbahner herrschte große Unzufriedenheit über die Lohn- und Arbeitsbedingungen. Die Löhne, namentlich der unteren Grade, waren sehr niedrig; ergab doch die Enquete der A.S.R.S. im Jahre 1907, daß über 100 000 Eisenbahner einen durchschnittlichen Wochenlohn von 20 sh und weniger erhielten; diese schlechte Entlöhnung wurde den Arbeitern um so fühlbarer, als damals infolge des Steigens der Lebensmittelpreise der Reallohn ständig sank [1], während die Löhne von 1896 bis 1907 im Eisenbahndienst stationär blieben. Auch die seitdem durch die 1907 eingesetzten Einigungsämter erzielten Lohnerhöhungen waren so gering, daß sie durch die steigenden Preise der Lebensmittel völlig annulliert wurden. Das durchschnittliche Wocheneinkommen von 460 000 Eisenbahnangestellten betrug im Jahre 1910 nur 25 sh 9 d gegenüber 25 sh 4 d im Jahre 1901.

Die oberen Grade der Eisenbahner, vor allem das Lokomotivpersonal, klagten vor allem über das „Speeding up", über die Verwendung größerer Lokomotiven und längerer Züge, die eine erhöhte Verantwortung und Arbeitsleistung ihrerseits verlangten, denen aber keine entsprechende Gehaltserhöhung gegenüberstand.

Die gemeinsamen Beschwerden drängten die Sonderinteressen der einzelnen Grade in den Hintergrund. Rowland Kenney, ein früherer Eisenbahner, schildert diesen Vorgang folgendermaßen [2]: „Vor zehn Jahren, als ich ein Gepäckträger im Güterdepartement war, wäre ein Generalstreik in unserem

[1] Über die allgemeine Preis- und Lohnentwicklung vergl. den allgemeinen Teil.
[2] „The Railway Ferment", the English Review, Oktober 1911.

Distrikt völlig unmöglich gewesen, denn der Gedanke, daß der Mann in einem oberen Grade dem Manne in einem unteren Grade sozial überlegen war — das, was wir das „Gradbewußtsein“ nannten — jene prächtige Blüte des Snobismus unter der arbeitenden Klasse, war in vollem Flor, und gemeinsame Aktion war undenkbar. Der Gepäckträger wurde als ein minderwertiges Wesen vom Weichensteller betrachtet, der Weichensteller wurde vom Güterschaffner als ein notwendiges Übel geduldet, und dieser war von wilden Hoffnungen beseelt, daß er einst würdig sein würde, dem Personenschaffner in die Augen zu sehen als Bruder und Mann von gleichem Range“.

An vielen Orten hatte sich ein gespanntes Verhältnis zwischen Arbeitern und Beamten der Gesellschaft herausgebildet, über deren Willkür und Schikanen Klage geführt wurde. „Wenn vor Jahren“, schreibt Kenney, „jemand auf unserem Güterhofe gefragt hätte: „Was erbittert Euch am meisten?“, so glaube ich, wäre die Lohnfrage hintangesetzt worden und wir hätten erwidert: „Die Nadelstiche und sinnlose Tyrannei unserer Vorgesetzten.“ Die Situation wurde dadurch verschärft, daß jedes Organ fehlte, durch das die Angestellten ihre Beschwerden vorbringen konnten, und daß die Entscheidung bei Konflikten fast stets der Willkür und dem Gutdünken subalterner Beamter überlassen war. Der durch diese verschiedenen Ursachen angesammelte Zündstoff wurde noch vermehrt durch die Agitation der Gewerkvereine, die ihre Anerkennung von den Gesellschaften erzwingen wollten.

Auf einer Konferenz der A.S.R.S., die im November 1906 in Birmingham stattfand, wurde ein „National All grades' Programme“ aufgestellt, in dem gefordert wurde:

1. Ein achtstündiger Arbeitstag für das Betriebspersonal, ein zehnstündiger für alle anderen Arbeiter, abgesehen von den Oberbauarbeitern,
2. Bezahlung von Überzeit mit 1 ¼, von Sonntagsarbeit mit 1 ½ des regulären Lohnsatzes,
3. Gewährung eines garantierten Wochenlohnes,
4. Sofortige Zulage von 2 sh an alle Arbeiter, die nicht den Achtstundentag bewilligt erhielten, von 3 sh an das im Distrikt von London beschäftigte Personal.

Mit diesem Programm trat die A.S.R.S. im Januar 1907 an die Eisenbahngesellschaften heran. In einem Brief des Generalsekretärs Richard Bell wurde verlangt, daß die Eisenbahndirektoren eine von ihm begleitete Deputation empfangen und mit ihr über die Forderungen der Angestellten verhandeln sollte. Auf diesen Brief erfolgte keine Antwort. Während des Jahres 1907 veranstaltete die A.S.R.S. im ganzen Lande Versammlungen, in denen gegen die schlechten Arbeitsbedingungen der Eisenbahner protestiert und die Anerkennung der

Gewerkvereine verlangt wurde; den Höhepunkt dieses Feldzuges bildete eine Riesendemonstration in Albert Hall in London.

Nachdem auf diese Weise der Boden für eine kriegerische Aktion vorbereitet war, veranstaltete die A.S.R.S. unter ihren Mitgliedern eine Abstimmung darüber, ob sie bereit seien, für das National Programme und für das Prinzip der Anerkennung der Gewerkvereine in den Ausstand zu treten; das Ergebnis waren 76922 Stimmen für, 8773 Stimmen gegen den Streik.

II. Das Abkommen vom November 1907.

In dieser für die gesamte Volkswirtschaft kritischen Lage, in der ein allgemeiner Eisenbahnerstreik unvermeidlich schien, griff die Regierung ein. Der damalige Handelsminister Lloyd George vermochte zwar nicht, die Gesellschaften zu veranlassen, mit den Vertretern des Gewerkvereins zusammenzukommen, aber er verhandelte mit beiden Parteien getrennt und übte einen so starken Druck auf sie aus, daß sie sich zur Annahme eines Einigungsverfahrens bereit erklärten. Das Abkommen, das am 6. November 1907 im Handelsamt zustande kam, wurde zuerst nur von 11 Eisenbahngesellschaften und auf Seite der Angestellten von der A.S.R.S. unterzeichnet, doch traten ihm in den folgenden Monaten noch 35 Gesellschaften Großbritanniens und Irlands bei, während es auf der anderen Seite auch von der G.R.W.U. und der A.S.L.E. & F. angenommen wurde. Die Grundzüge dieses Verfahrens, das auf sechs Jahre, also bis November 1913 mit einjähriger Kündigungsfrist vereinbart war, waren folgende:

Zur gemeinsamen Festsetzung der Arbeitsbedingungen und zur Prüfung von Beschwerden, die von den Angestellten eingebracht wurden, sollten auf jeder Bahn Einigungsämter gebildet werden, in denen die Gesellschaft und die Bediensteten in gleicher Stärke vertreten waren. Zu diesem Zwecke wurden die Angestellten einer Bahn mit annähernd gleichen Arbeitsbedingungen zu je einer Gruppe (Sektion) zusammengefaßt und hatten aus ihrer Mitte Vertreter zu wählen, so daß aus jeder Gruppe ein Amt hervorging[1]. Die Wahl von Personen, die nicht Bedienstete der Gesellschaft waren, also von Beamten der Gewerkvereine, war nicht erlaubt. Die größeren Gesellschaften bildeten aus ihren Angestellten 4—7 Gruppen, also 4—7 Einigungsämter. Das Verhandlungsgebiet der Einigungsämter war auf Fragen beschränkt, die sich auf

[1] Die London, Brighton & South Coast Railway teilte z. B. ihre Angestellten in folgende Sektionen: Personenverkehrsabteilung (Passenger Department), Güterverkehrsabteilung (Goods Dpt.), Lokomotivabteilung (Locomotive Dpt.), Maschinenbauabteilung (Engineering Dpt.); auf anderen Bahnen ist die Einteilung ähnlich.

Arbeitszeit und Löhne bezogen. Über den Gruppenämtern war für jede Bahn ein Zentralamt vorgesehen, das in Tätigkeit trat, wenn in der ersten Instanz keine Einigung erzielt wurde. Es bestand aus Mitgliedern sämtlicher Gruppenämter. Blieben auch die Verhandlungen des Zentralamtes ergebnislos, so konnte jede Partei die Überweisung der Streitfrage an einen unparteiischen Schiedsrichter beantragen; über seine Person hatten sich entweder beide Seiten des Zentralamtes zu einigen, oder er wurde vom Sprecher des Unterhauses und vom Master of the Rolls (der Vorsitzende des obersten Berufungsgerichtes) ernannt. Seine Entscheidung war endgültig, ohne rechtliche Verbindlichkeit zu besitzen, und galt für eine im Spruche angegebene Periode. Für dieses Einigungsverfahren waren die Einrichtungen anderer Gewerbe, in denen das Einigungs- und Schiedswesen seit Jahrzehnten angewendet worden war, so vor allem des Kohlenbergbaues und der Eisen- und Stahlindustrie, vorbildlich gewesen, doch unterschied es sich von den Einigungsämtern der meisten anderen Industrien dadurch, daß es keine Anerkennung der Arbeiterorganisationen in sich schloß.

Eine Ausnahme machte von den größeren Gesellschaften allein die North Eastern Railway Company, die im Gegensatze zu den anderen Gesellschaften seit 1890 direkt mit den Beamten des Gewerkvereins verhandelte und 1908 ein etwas anders organisiertes Einigungssystem einführte. An Stelle der Gruppenämter schuf sie für die ganze Linie eine einzige Einigungskonferenz (Joint Conference), bestehend aus je 18 Vertretern der Gesellschaft und der Angestellten aller Grade; der Sekretär der Eisenbahner brauchte nicht im Dienste der Gesellschaft zu stehen, sondern konnte ein Gewerkvereinsbeamter sein, ein Posten, den bisher einer der Distriktssekretäre der A.S.R.S., das Parlamentsmitglied Hudson, versehen hat.

Obgleich die Arbeiterorganisationen nicht anerkannt wurden, so bedeutete doch die Annahme des vom Handelsamt entworfenen Einigungssystems durch die Gesellschaften einen wichtigen Schritt vorwärts auf dem Wege der kollektiven Vertragschließung im Eisenbahnwesen, da zum ersten Male ein von beiden Seiten anerkanntes Organ geschaffen wurde, durch das die Eisenbahngesellschaften und ihre Angestellten miteinander verhandeln konnten. Tatsächlich übten die Gewerkvereine, namentlich die A.S.R.S. den maßgebenden Einfluß in den Ämtern aus. Bei der ersten Wahl zu den Einigungsämtern wurden als Vertreter der Arbeiter gewählt: 599 Gewerkvereinsmitglieder mit 297 000 Stimmen, 65 Nichtorganisierte mit 47 000 Stimmen. Außerdem war der Wortführer der Angestellten in den Streitfragen, die bis vor den Schiedsrichter gelangten, in acht von zehn Fällen der Generalsekretär der A.S.R.S., Richard Bell, und in einem weiteren

Falle bei der North Eastern Railway war er sogar Mitglied eines aus drei Personen bestehenden Schiedsgerichtes.

Das Verfahren, das von keiner der beiden Parteien gewollt, nur unter dem Drucke der Regierung angenommen worden war, trug die Züge eines Kompromisses, das weder die Eisenbahner noch die Gesellschaften ganz befriedigte. Indem die Frage nach der Anerkennung der Gewerkvereine in dem Abkommen übergangen wurde, schloß dieses von Anfang an ein Moment der Unsicherheit in sich, denn es war nicht anzunehmen, daß die Trade Unions von ihrer Hauptforderung, die für sie eine Lebensfrage war, ablassen würden. Dennoch wurde das Verfahren bei seinem Abschluß freudig begrüßt. Die Angestellten erhofften davon eine Verbesserung ihrer Lage und eine Abstellung zahlreicher Beschwerden, die Gesellschaften waren zunächst von der Gefahr eines allgemeinen Streiks befreit. Sehr bald wurde jedoch unter den Eisenbahnern Unzufriedenheit und Enttäuschung über seine Ergebnisse laut. Die Kommission, die nach dem Generalstreik im August 1911 zur Prüfung des Einigungsverfahrens von der Regierung eingesetzt wurde, hat die Gründe klargelegt, die es zum Scheitern gebracht haben[1]. Während seiner Wirksamkeit wurden diese Ursachen vielfach nicht erkannt, und der Mißerfolg wurde ausschließlich der böswilligen Absicht der Gegenpartei bei Handhabung des Verfahrens zugeschrieben.

III. Gründe für das Scheitern des Einigungsverfahrens.

Die Gründe, die ein glattes Funktionieren des Einigungsmechanismus von 1907 verhinderten, lagen zum Teil in Lücken und Fehlern des Verfahrens an sich, zum Teil in der Art seiner Handhabung und in den übermäßigen Erwartungen, die von den Angestellten auf seine Wirksamkeit gesetzt worden waren.

Der Einigungsmechanismus von 1907 war äußerst schwerfällig und arbeitete sehr langsam, auch wenn keine böswillige Verzögerung in Bildung und Berufung der Ämter seitens der Gesellschaften vorlag. Beschwerden der Bediensteten oder sonstige Anträge auf eine Änderung der Arbeitsbedingungen gingen durch die Vermittlung der lokalen Vorgesetzten der betreffenden Arbeitergruppe an die Direktoren der Gesellschaft, die erst nach zwei Monaten zur Antwort verpflichtet waren. Diese lange Frist trug dazu bei, die Unzufriedenheit und Erbitterung der Angestellten zu erhöhen, so daß ihre Neigung zu einem friedlichen Ausgleich sehr verringert war, ehe das Einigungsverfahren begann. Antwortete die Gesellschaft nach zwei Monaten nicht, so hatte nach Verlauf von

[1] Vergl. Report of the Royal Commission appointed to investigate and report on the Working of the Railway Conciliation and Arbitration Scheme of 1970, 1911 (Cd. 5922).

14 Tagen das Gruppenamt in Tätigkeit zu treten; außerdem konnten die Angestellten, wenn sie sich bei dem erhaltenen Bescheid nicht zufriedengeben wollten, den Antrag auf Einberufung des Amtes stellen. Eine derartige Petition mußte bei einigen Gesellschaften von der absoluten Mehrheit, bei anderen von einem bestimmten Prozentsatz eines Grades unterschrieben sein. Der weitere Weg, den eine Beschwerde unter Umständen vom Gruppenamt zum Zentralamt und von dort zum Schiedsrichter zurückzulegen hatte, erwies sich als sehr umständlich und langwierig. Mehrfach dauerte es ein bis zwei Jahre, ehe über eine Frage der endgültige Schiedsspruch gefällt wurde, und noch länger, ehe dieser in Kraft trat.

Als ein weiterer schwerer Nachteil wurde von den Angestellten die beschränkte Jurisdiktion der Einigungsämter empfunden. Nach dem Abkommen von 1907 waren sie allein für Fragen, die sich auf Arbeitszeit und Löhne bezogen, zuständig. Infolge dieser Beschränkung konnten zahlreiche Differenzen nicht auf dem Wege der Einigung zum Austrag kommen, z. B. soweit sie die Beförderung, die Bestrafung von kleinen Vergehen, die zu Recht oder Unrecht erfolgte Entlassung von Angestellten betrafen; die Wahl des Lohnsystems erfolgte einseitig durch die Gesellschaft, so daß Beschwerden über das wenig beliebte trip-System nicht vor die Ämter gebracht werden konnten.

Während so einerseits für die Ämter erweiterte Befugnisse hinsichtlich der Verhandlungsgegenstände verlangt wurden, waren sie andererseits nach der Ansicht verschiedener Gruppen von Bahnbediensteten vermöge ihrer Zusammensetzung nicht fähig, über manche Punkte zu entscheiden, die nicht die Gesamtheit der Angestellten, sondern nur einzelne Grade berührten. Dieser Vorwurf wurde namentlich von Lokomotivführern und Heizern gegen das Zentralamt erhoben, dessen Mitglieder aus sämtlichen Gruppenämtern einer Bahn entnommen waren, so daß die einzelnen Grade nur immer ein bis zwei Vertreter stellten. Es wurde bestritten, daß ein derartig zusammengesetztes Tribunal kompetent sei, zu beurteilen, wieviel Zeit zur Instandsetzung einer Lokomotive erforderlich sei und ähnliche dem Arbeitsgebiet einzelner Grade angehörige Fragen.

Zu besonders vielen Reibungen gab die letzte Instanz des Einigungssystems, das Schiedsverfahren, Anlaß. Es erwies sich als eine Lücke in dem Mechanismus, daß die Zuständigkeit des Schiedsrichters nicht scharf umgrenzt war, so daß verschiedene Streitfälle wie im Einigungs- so auch im Schiedsverfahren unerledigt blieben. Ferner war der Schiedsrichter, meist ein Jurist, zu wenig mit den speziellen Arbeitsverhältnissen der Eisenbahnen vertraut, um sie sachgemäß beurteilen zu können, und man hatte es versäumt, ihm technische Berater

beizugeben. Die Folge war, daß viele Richter in derselben Frage ganz verschiedene Sprüche fällten, so in bezug auf die Bezahlung von Sonntagsarbeit, und daß die gleichen Streitfälle von den einen zugunsten der Arbeiter, von den anderen zugunsten der Gesellschaft ausgelegt wurden, und in letzterem Falle der Spruch natürlich von den Angestellten als ungerecht empfunden wurde. Vielfach machten sich Interpretationen der Schiedssprüche notwendig; als die Gesellschaften das Recht der Auslegung für sich allein in Anspruch nahmen, entstand große Unzufriedenheit unter dem Personal, die auf der Great Northern Railway im Sommer 1910 beinahe zu einem Streik geführt hätte.

Schließlich erwies sich das ganze Einigungs- und Schiedsverfahren als sehr kostspielig. Die A.S.R.S. berechnet die Kosten, die ihr während der dreijährigen Dauer seiner Geltung erwachsen sind, auf 27 633 £ 12 sh 2 d [1], ein Schiedsspruch bei der North British Railway kostete ihr 1800 bis 2000 £, obgleich noch andere Trade Unions an der Ausgabe beteiligt waren.

Neben diesen dem Mechanismus innewohnenden Mängeln und Lücken war die Art seiner Durchführung dem Erfolge des Einigungsverfahrens nicht günstig. Die Bildung der Einigungsämter nahm geraume Zeit in Anspruch, und wenn auch der Bericht der Kommission von 1911 festgestellt hat, daß der Vorwurf böswilliger Verschleppung, den die Angestellten gegen die Gesellschaften erhoben, in den meisten Fällen nicht gerechtfertigt war, so dauerte es doch bei den meisten Bahnen sieben Monate, ehe zur Wahl der Gruppenämter geschritten wurde. Bei der Caledonian Railway erfolgte die Einsetzung erst im Dezember 1908, also über ein Jahr nach dem Abkommen. Noch länger dauerte es, bis die gewählten Ämter in Anspruch genommen wurden. Gesetzlich hatte dies, wie erwähnt, zu geschehen, wenn auf eine Petition der Angestellten binnen zweier Monate keine Antwort erfolgt war, oder wenn die Antragsteller mit dem Bescheid nicht zufrieden waren. Aber in vielen Fällen vergingen auch dann noch Monate, ehe ein Einigungsamt berufen wurde. Nach den Angaben des Sekretärs der A.S.R.S., J. H. Thomas, bestanden im Juni 1908 95 Einigungsämter, von denen im September aber erst 11 in Tätigkeit getreten waren. Gegen die Great Eastern Company wurde der Vorwurf erhoben daß sie ihre Leute zur Unterschrift von Gegenpetitionen gepreßt habe, in denen sie sich gegen die Einberufung des Einigungsamtes aussprachen, die von einer anderen Eisenbahnergruppe beantragt worden war. Von Anfang an zeigte sich, wie der Bericht der Kommission ausdrücklich hervorhebt, daß bei beiden Parteien

[1] Railway Review 1911, No. 714.

eine geringe Neigung bestand, sich in der ersten Instanz zu vergleichen, und trat die Absicht hervor, die Streitfrage bis vor den Schiedsrichter zu verfolgen. Die Tätigkeit der Einigungsämter, die den Kern des gesamten Verfahrens bilden sollte, wurde vielfach nur als Formalität angesehen. In den Jahren 1908 und 1909 wurden 53 Streitfälle von den Sektionsämtern und 43 von den Zentralämtern erledigt, während 77, also fast die Hälfte, einem Schiedsrichter unterbreitet wurden. Die Ursache für diese Neigung, eine Differenz bis vor die letzte Instanz zu führen, mißt die Königliche Kommission zum großen Teil der Tatsache bei, daß die Forderungen der Angestellten auf das „National Programme" der A.S.R.S. begründet waren, und daß ihre Vertreter in den Ämtern nicht davon abgehen wollten oder durften. Die Erfüllung dieses Programms erklärten die Eisenbahngesellschaften mit ihrer finanziellen Lage und mit der Aufrechterhaltung eines den modernen Anforderungen entsprechenden Eisenbahnbetriebes für unvereinbar. Nach den „Railway News" würde die Durchführung des Programms eine Mehrausgabe von 7 500 000 £ verursacht und die Dividende der Aktionäre, die damals durchschnittlich 3,27 % betrug, um die Hälfte reduziert haben. Den Angestellten fehlte vielfach die Einsicht in die Gründe der Gesellschaften, ein Mangel, der zum Teil von diesen selbst verschuldet war, da sie bis 1907 jede Verhandlung und Begründung ihrer Maßnahmen gegenüber den Bediensteten verweigert hatten.

Angesichts der weitgehenden Erwartungen, die von den Angestellten namentlich auf das Schiedsverfahren gesetzt wurden, mußte sich dieses als eine große Enttäuschung erweisen[1]. Mochten sie auch „wichtige und wertvolle Konzessionen" erhalten, so waren diese geringfügig, gemessen an dem nationalen Programm, und vielfach wurden auch die Lohnerhöhungen, die in ihrer Gesamtheit für die einzelnen Gesellschaften große Beträge ausmachten[2], auf die einzelnen Angestellten berechnet aber oft nur eine wöchentliche Zulage von 6 d bis 1 sh bedeuteten, durch die gerade in den Jahren 1908/10 beträchtlich steigenden Preise der Lebenshaltung mehr als annulliert. „Wir haben uns den Gemütszustand eines Eisenbahnbediensteten

[1] Report, 23: Selbst nach dem Schiedsverfahren konnte höchstwahrscheinlich die große Majorität der Arbeiter nicht ganz die Gerechtigkeit der Schiedssprüche würdigen. Die Arbeiter erhielten zweifellos wichtige und wertvolle Konzessionen, aber nichtsdestoweniger waren die Schiedssprüche damals eine große Enttäuschung und sind es seitdem geblieben. Das ist leicht zu ersehen aus einem kurzen Überblick über die Ereignisse, die sich zutrugen seit der Erklärung des nationalen Programms durch die A.S.R.S. im Jahre 1906 bis zu dem Entwurf des Verfahrens 1907.

[2] Z. B. 70000 £ bei der London & North Western Railway.

vorzustellen", schreibt Chiozza Money[1], „dessen Lage sich verschlechtert hat, während sein Lebensalter sagen wir von 40 auf 45 oder von 30 auf 45 Jahre gestiegen ist, und dessen aufgeschobene Hoffnung auf bessere Bedingungen auf ein Einigungsamt vertröstet worden ist". Vor allem war es jene große Armee der unteren Grade, Gepäckträger, Fuhrleute, Streckenarbeiter, die nach wie vor unter der Armutslinie blieben und in ihren Erwartungen auf die Wirksamkeit des Einigungsverfahrens enttäuscht wurden.

Vielfach wurde den Gesellschaften vorgeworfen, daß sie es verstanden hätten, durch die Wahl anderer Lohnsysteme, durch Schaffung neuer Grade und durch das verhaßte speeding up die den Bediensteten zugestandenen Vorteile zu annullieren. Tatsächlich nahmen verschiedene Gesellschaften 1908—1910 zur Einschränkung der Betriebsausgaben Änderungen in der Einteilung der Grade usw. vor, bei denen sie, wie es in dem Berichte der Untersuchungskommission heißt, in gutem Glauben und im Rahmen ihrer Befugnisse handelten, für die aber der Zeitpunkt, gleichzeitig mit dem Inkrafttreten der Schiedssprüche, sehr unglücklich gewählt war. Durch verschiedene Amalgamierungen und Betriebsvereinbarungen verringerte sich ferner in denselben Jahren der Bedarf der Eisenbahngesellschaften an Personal, so daß die Zahl der englischen Eisenbahner von 1907—1910 um 17 655 sank. Gleichzeitig wurde durch derartige Betriebsvereinfachungen die Zahl namentlich der höheren Posten und damit die Aussicht auf Beförderung vermindert.

Waren somit die materiellen Ergebnisse des Einigungsverfahrens für die große Masse der Angestellten eine Enttäuschung, so zeigte sich bald, daß sie nebenbei eine sehr ungünstige Wirkung auf die Entwicklung der Gewerkvereine hatten.

In den Jahren 1907—1909 sank die Mitgliederzahl der A. S. R. S. von 97 561 auf 73 571, die der G. R. W. U. von 7506 auf 6008[2]. Angesichts dieser ungünstigen Wirkung erschien die Fortdauer des Einigungsverfahrens in der Form, in der es 1907 vereinbart worden war, d. h. ohne offizielle Anerkennung der Gewerkvereine, bis zum Jahre 1913 als eine unmittelbare Gefahr für die Arbeiterorganisationen.

Infolge der allgemeinen Unzufriedenheit mit den Ergebnissen des Einigungsverfahrens setzte im Jahre 1910 eine neue „all grades"-Bewegung ein, und die Gewerkvereine erhoben von neuem die Forderung nach Anerkennung in den Ämtern. Im September 1910 erging an die Adresse der Eisenbahngesellschaften eine Warnung in Gestalt folgender Resolution des Exekutivausschusses des A. S. R. S.: „Wir erklären hiermit,

[1] Chiozza Money, Things that matter, London 1912.
[2] Vergl. Tabelle S. 46.

Mitgliederzahl der Amalgamated Society of Railway Servants 1906—1911.

(Report on Trade Unions in 1908—1910.)

Jahr	Mitgliederzahl am Ende des Jahres	±
1906	70 130	—
1907	97 561	+ 27 431
1908	80 321	— 17 240
1909	73 571	— 6 750
1910	75 153	+ 1 582
1911	116 516	+ 41 363

daß die unbefriedigende Lage der Dinge geschaffen worden ist hauptsächlich durch die ärgererregende (vexatious) Haltung vieler Eisenbahngesellschaften bei der Durchführung des Einigungs- und Schiedssystems, das 1907 zwischen dem Handelsamt, den Eisenbahngesellschaften und dieser Gesellschaft vereinbart worden ist, und wir ergreifen ferner diese Gelegenheit, dem Publikum zu erklären, daß, wenn nicht der Geist sowohl wie der Buchstabe des vorerwähnten Abkommens in Zukunft besser beachtet wird, als es in der Vergangenheit geschehen ist, dieser Ausschuß ernstlich in Betracht ziehen wird, ob es nicht ratsamer sei, das 1907 vereinbarte Verfahren zu verwerfen."

Während aber die von den Gewerkvereinen vertretene offizielle Politik nicht gegen das in den Einigungsämtern verkörperte Prinzip der kollektiven Vertragschließung gerichtet war, sondern im wesentlichen nur eine Anerkennung der Gewerkvereine durchsetzen wollte, machte sich unter der Masse der Mitglieder, unter dem rank and file eine Strömung geltend, die allen Kompromissen und Verhandlungen mit den Arbeitgebern feindlich gegenüberstand und eine Besserung der Lage der Eisenbahner allein von der direkten Aktion erhoffte.

IV. Syndikalistische Propaganda unter den Eisenbahnern.

Die syndikalistische Propaganda, die seit 1908 in England Eingang gefunden hat und in erster Linie von Tom Mann vertreten wird, richtete sich von Anfang an in erster Linie auf die Transportarbeiter und fand bei ihnen infolge ihrer gedrückten Lage für ihre Lehren des Klassenkampfes und der direkten Aktion den günstigsten Boden.

Der im Frühjahr 1911 gegründete Nationale Transportarbeiterverband war der erste Versuch, das von den amerikanischen I.W.W. übernommene Prinzip der Organisation der Arbeiter nach Industrien in England zu verwirklichen.

Von Anbeginn an wurden unter den Eisenbahnern Stimmen

laut, die mit der Bewegung der Transportarbeiter sympathisierten und die Einigungspolitik ihres eigenen Gewerkvereins angriffen [1].

Die Vorgänge im Eisenbahnwesen waren für die syndikalistischen Agitatoren das Musterbeispiel, um die Nutzlosigkeit, ja die Gefahr zu demonstrieren, die den Arbeitern aus den Methoden der kollektiven Vertragschließung erwuchs, und sie aufzufordern, ihre Angelegenheiten selbst in die Hand zu nehmen und auf dem Wege der Selbsthilfe die Zugeständnisse zu erringen, die ihre Vertreter in den Einigungsämtern und im Parlament nicht zu erreichen vermochten. Als im Sommer 1910 plötzlich ein dreitägiger Streik auf der Nordostbahn ausbrach, rühmte Tom Mann die dadurch bekundete Kampfeslust, wies aber zugleich auf die Nutzlosigkeit derartiger Teilstreiks hin und bereitete vor „auf einen wahrhaften Kampf über das ganze System hin, in der Schiffahrt und auf den Eisenbahnen zugleich". (Industrial Syndicalist, September 1910.)

Der Streik der französischen Eisenbahner im Oktober 1910 war ein Anlaß, um die englischen Eisenbahner zur Nacheiferung anzuspornen. Im März 1911 wurde von dem Gewerkvereinsrat zu Derby, dem Zentrum der Midland Railway, das den Sekretär der A.S.R.S., Thomas, ins Parlament entsendet hat, eine Resolution zugunsten des Syndikalismus angenommen, und der Sekretär des Trades Council schrieb an Tom Mann: „Derby als ein Eisenbahnzentrum eignet sich besonders zur Anwendung dieser (syndikalistischen) Prinzipien, und ich teile Ihnen mit, daß schon Schritte von dem Rat unternommen worden sind, um die verschiedenen Unionen, die Mitglieder in den Werkstätten oder auf der Strecke haben, zu gemeinsamer Aktion zu gewinnen mit dem Ziele, die Abstellung vieler Beschwerden der Eisenbahner zu erreichen".

Die Mainummer 1911 des „Industrial Syndicalist", des von Tom Mann monatlich herausgegebenen Flugblattes, befaßte sich ausschließlich mit den Eisenbahnern. Die Einigungsämter werden darin als ein raffiniertes Mittel des Kapitalismus bezeichnet, die dieser benutzt, um seine Herrschaft über die Eisenbahner zu behaupten und diese in Parteien zu spalten. „Das ganze Einigungssystem ist durch und durch schlecht und sollte völlig beseitigt werden". Vor allem werden die Führer der Gewerkvereine angegriffen, die sich zu einer Politik der Kompromisse herbeigelassen und damit die von ihnen vertretenen Interessen verraten haben. Als ein besonders abschreckendes Beispiel eines solchen allzu friedfertigen Gewerk-

[1] Einen Sieg der radikalen Sektion innerhalb der A.S.R.S. bedeutete es, als diese im Jahre 1910 ihre Unterstützung Ruskin College, der von der Majorität der Gewerkvereine unterhaltenen Arbeiterhochschule, entzog und sie dafür Central Labour College zuwandte (vergl. den allgemeinen Teil).

vereinsbeamten wird der Sekretär der A.S.R.S., Thomas, hingestellt, der zugleich Parlamentsmitglied ist und die opportunistische und revisionistische Taktik der Labour Party auf seine Haltung in gewerkschaftlichen Fragen übertragen hat. „Die Eisenbahner haben an vielen Orten eine Disposition gezeigt, sich mit den revoltierenden Arbeitern anderer Gewerbe zu identifizieren; an einigen Orten haben sie alles gewagt und ihr Los in eine Wagschale mit den Streikern geworfen. Immer jedoch sind die Beamten des Gewerkvereins schnell auf der Stelle, nicht, um die Leute zu ermutigen und im Kampfe anzuspornen, sondern um sie zur Arbeit zurückzuführen und sie von dem Unrecht ihrer Handlungsweise zu überzeugen, daß sie ihre Vereinbarungen gebrochen haben. — Angesichts dieser Haltung der Gewerkvereinsbeamten bleibt für die Arbeiter nichts weiter übrig, als ihre Angelegenheiten selbst in die Hand zu nehmen und sobald wie möglich das bestehende Einigungsverfahren zu beenden, das nicht nur unzählige Spaltungen in den Reihen der Eisenbahner hervorbringt, sondern sie auch hindert, sich mit anderen Zweigen der organisierten Arbeiterschaft zu verbinden“ [1].

Um den Klassenkampf siegreich durchführen zu können, müssen sich die Eisenbahner in einem großen Verband vereinigen, in dem alle Gradunterschiede ausgelöscht sind. „In dieser Weise organisiert für ihre Hauptfunktion, mit den nötigen Unterabteilungen für besondere Zwecke und verbunden mit den übrigen Unionen der Transportarbeiter in diesem Lande und in anderen Ländern, erhielten die Eisenbahner eine Macht, die absolut unbezwingbar sein würde. Die Transportarbeiter nehmen eine Stellung ein, die einzigartig ist in der Kraft, die sie verleiht und in den Möglichkeiten, die sie eröffnet“.

Diese Lehren fanden namentlich in den unteren Graden der Eisenbahner, die seit drei Jahren vergeblich von der Tätigkeit ihrer Vertreter in den Einigungsämtern eine Besserung ihrer Lage erhofft hatten, zahlreiche Anhänger. Es bedurfte nur eines äußeren Anstoßes, um die Bewegung, die sich seit Jahren vorbereitet hatte, zum offenen Aufruhr zu entfesseln. Dieser Anstoß ging im Sommer 1911 von den Unruhen aus, die in allen Teilen des Landes im Transportgewerbe ausbrachen.

V. Der Streik im August 1911.

1. Unautorisierte Streikausbrüche.

Am 5. August 1911 verließen gegen 1000 Güterarbeiter der Lancashire und Yorkshire Railway in Liverpool ohne vorherige Kündigung die Arbeit mit dem Begründen, daß ihnen

[1] „The Railwaymen“, Ind. Syndicalist, Mai 1911.

die Einigungsämter keine Abstellung ihrer Beschwerden gebracht hätten[1]. Binnen weniger Tage griff der Streik auf das Personal der anderen Eisenbahnlinien über, die in Liverpool Endstationen haben. Kurz darauf traten auch die Hafenarbeiter, für die vor wenigen Tagen unter Vermittelung von Sir George Asquith vom Handelsamt ein Friedensschluß unterzeichnet worden war, aus Sympathie mit den Eisenbahnern von neuem in den Ausstand. Die Reeder antworteten am 13. August mit der Erklärung einer allgemeinen Aussperrung, so daß aller Schiffsverkehr auf dem Mersey stockte. In der Stadt kam es sehr bald zu heftigen Gewalttaten und Ausschreitungen. Das Element der Hooligans, der aufrührerische und arbeitsscheue Mob, ist in Liverpool besonders stark vertreten und mischt sich bei Arbeitskämpfen unter die Streiker, außerdem gesellen sich in dem von zahlreichen Iren bewohnten Hafenviertel zu den ökonomischen noch religiöse und Rassengegensätze, die bei jedem Anlaß hervorbrechen. Die städtischen Behörden sahen sich deshalb am 11. August genötigt, zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung Militär zu requirieren. Am 13. August, einem Sonntag, kam es zu einer förmlichen Straßenschlacht aus Anlaß einer Demonstration, die der Transportarbeiterverband unter Leitung Tom Manns auf St. Georges Plateau inmitten der Stadt veranstaltete. In dem amtlichen Bericht, den der Head Constable dem Minister des Innern einreichte, wird folgende Schilderung von den Vorgängen gegeben: „Das Meeting fand auf dem Plateau von St. George's Hall statt gegenüber dem London und North Western Hotel. Im Innern von St. George's Hall hatte ich 100 Soldaten des Royal Warwickshire Regimentes und eine große Anzahl Polizisten postiert, während berittene Polizei in ihren Quartieren ungefähr eine Viertelmeile entfernt bereit gehalten wurde. Auf der Straße waren nur einige Schutzleute, um den gewöhnlichen Verkehr zu regeln. Wie meist in solchen Fällen, ist es absolut unmöglich, zu sagen, wie der Tumult begann, aber ich möchte ihn folgendermaßen beschreiben:

Neben dem London und North Western Hotel ist das Empire Variété Theater. Ein Wagen hielt an der Rückseite des Theaters, um Kulissen nach der Eisenbahnstation zu bringen. Einige Personen am Rande der Versammlung, die an dieser Ecke zweifellos aus Rowdies aus dem angrenzenden irischen Distrikt bestand, die immer für eine Gelegenheit bereit sind, die Polizei anzugreifen, betrachteten den Wagen als im Widerspruch mit dem Streik und versuchten, ihn um-

[1] Über den Gang der Ereignisse während des Arbeitskampfes der Eisenbahner im Jahre 1911 und über die daran anschließenden Verhandlungen vergl. Ninth Report by the Board of Trade of Proceedings under the Conciliation (Trade Disputes) Act 1896, 1912, 86, sowie Report on Strikes and Lock-Outs in 1911, 1912 (Cd. 6472).

zustürzen. Die wenigen Schutzleute, die zugegen waren, suchten dies zu verhindern, aber es entstand ein Tumult, der sich schnell nach Lord Nelson Street ausbreitete, die nach Lime Street herunterführt zwischen dem Theater und dem Bahnhof und Hotel. Ein brutaler und nicht provozierter Angriff wurde von der Menge auf drei Schutzleute gemacht, die zufällig vereinzelt am Ende von Lord Nelson Street standen. Der Tumult breitete sich aus, bis es nötig wurde, einige der Reserven aus St. George's Hall herauszurufen. Diese begannen Lime Street von der Menge zu räumen, und wurden sofort mit einem Regen von Wurfgeschossen empfangen, die für diesen Zweck von den Leuten mitgebracht sein mußten, die tatsächlich die Versammlung bildeten, und die auf dem Plateau von Lime Street durch eine niedrige Kette und eine Postenreihe getrennt waren. Der Angriff wurde so zudringlich, daß die Polizei gezwungen war, ihre Aufmerksamkeit der Versammlung zuzuwenden und sie von dem Plateau zu vertreiben. Es folgte eine Szene von großer Heftigkeit, und es ist sehr leicht möglich, ja wahrscheinlich, daß viele unschuldige Personen verwundet wurden. Die Polizisten erlitten schwere Verletzungen. Oberaufseher Boulton von der Birminghamer Polizei wurde zu Boden geschlagen und trug ein gebrochenes Bein und mehrere andere Verletzungen davon, und es besteht kein Zweifel, daß er ohne die Tapferkeit einer seiner Leute, der seinen Offizier vermißte und zu seiner Rettung zurückkehrte, getötet worden wäre. Sein Retter scheint gleichfalls mehrere Verletzungen davongetragen zu haben und liegt im Hospital. Die Zahl der Verwundeten betrug insgesamt mehrere Hundert.

Während diese zuletzt erzählten Vorgänge sich ereigneten, wurde das Warwickshire Regiment herausbeordert, und Mr. Stuart Deacon, der stellvertretende Bürgermeister, verlas das Aufruhrgesetz, und das Plateau wurde endlich geräumt. Die Unordnung breitete sich schnell auf das angrenzende irische Viertel aus, wo ein heftiger Angriff auf die Polizei einsetzte, Steine und Flaschen wurden von den Dächern der Häuser geworfen. Der Bürgermeister verlas nochmals das Aufruhrgesetz.

Sofort nach der Zerstreuung der Versammlung kamen Mr. Tom Mann und die übrigen Organisatoren zu mir in mein Bureau, von dem aus ich die Operationen leitete, und beklagten sich über das, was sie die nicht zu rechtfertigende Einmischung in eine friedliche Versammlung nannten. Ich sagte ihnen natürlich zu, ohne mich über ihre Berechtigung zu äußern, daß ihre Klagen gründlich geprüft werden würden. Während der Nacht ereignete sich viele Unruhe, sowohl im irischen Viertel wie in den Grenzdistrikten zwischen Protestanten und Katholiken, wo Ruhestörungen chronisch genannt werden können. Häuser wurden angegriffen und demoliert, und un-

geheurer Schaden wurde angerichtet. Eine Korkfabrik wurde in Brand gesteckt, und im allgemeinen befand sich die Stadt in einer sehr üblen Lage“ [1].

Über zwei Wochen herrschten in Liverpool fast anarchische Zustände. Während im Hafen aller Verkehr stockte, hatten auch im Innern der Stadt die Transportarbeiter die Arbeit eingestellt. Die wenigen Transportdienste, die aufrechterhalten werden konnten, waren den gewaltsamen Unterbrechungen seitens der Streiker ausgesetzt. Vorort und Trambahnen mußten den Verkehr einstellen, nachdem, wie es in dem amtlichen Bericht an das Home Office heißt: „A considerable amount of violence has been offered to the tramway service and there has been some interference both physical and materially to the running of the cars.“ Am 17. August beschlossen 80 Stadtverordnete der City von Liverpool, „daß angesichts der Tatsache, daß sehr große Mengen von Arbeitern aller Klassen in der City sich jetzt in einem Zustand erzwungener Muße befinden infolge der Einschüchterung, die gegen ihre Versuche zu arbeiten ausgeübt wird, die Friedensrichter für die City von Liverpool in einem außerordentlichen Meeting ersuchen, daß sofortige Vorstellungen bei der Regierung gemacht werden, und auf die dringende Notwendigkeit hingewiesen wird, angemessene militärische und Marinestreitkräfte für den Schutz aller Arbeiter zur Verfügung zu stellen, die bereit sind, unter diesem Schutze zu arbeiten“ [2].

Während sich diese Vorgänge in Liverpool ereigneten, traten auch in anderen Verkehrszentren des Landes, z. B. in Manchester, Birmingham, Leeds, Sheffield, Bristol die Eisenbahner in den Ausstand und verursachten eine allgemeine Desorganisation des Verkehrs. Überall ging die Unruhe von den unteren Graden aus, die fast sämtlich ohne vorherige Kündigung streikten. Die Gewerkvereine standen dieser weitverbreiteten Bewegung zuerst ganz untätig, ja geradezu ablehnend gegenüber. Schon am 14. Juli, als im Anschluß an die Unruhen der Transportarbeiter plötzlich die Werkstättenarbeiter der London & North Western Railway in Wolverton streikten, hatte die Railway Review, das offizielle Organ der A.S.R.S. geschrieben: „Es mag sich noch finden, daß der Sympathiestreik Entwicklungsmöglichkeiten bietet, die nicht vorausgeahnt werden“. Aber dieser anscheinenden Aufmunterung folgte der Vorbehalt: „Aus Vorstehendem darf nicht geschlossen werden, daß wir irgendwelche Sympathie mit Gewalt haben, und daß wir die erwähnten spontanen Ausbrüche zu rechtfertigen suchen“. (Railway Review 14. 7. 1911.)

[1] Correspondence between the Home Office and Local Authorities relating to the Employment of Military during the Railway Strike in August 1911 (323).

[2] l. c.

2. Stellungnahme der Gewerkvereine.

Als Anfang August der Eisenbahnerstreik in Liverpool ausbrach, rieten die Gewerkvereinsbeamten zum Frieden. Der Sekretär der A.S.R.S. Thomas fuhr nach Liverpool und „suchte energisch eine Einigung zu bewirken". Aber die Bewegung war zu mächtig, als daß sich ihr Zügel anlegen ließen, und es blieb den Führern nichts übrig, als sich an ihre Spitze zu stellen, wenn sie nicht über ihre Köpfe hinweggehen sollte. Am 15. August traten die Exekutivausschüsse der vier Eisenbahnergewerkvereine in Liverpool zusammen und richteten folgendes Ultimatum an sämtliche Eisenbahngesellschaften des Königreiches:

„Daß wir, dieses vereinigte Meeting der Exekutivausschüsse der A.S.R.S., der A.S.L.E. & F., der G.R.W.U. und des Generalsekretärs der U.S. & P.S., zusammenberufen, um die kritische Situation zu prüfen, die infolge des Streiks von Eisenbahnarbeitern in Liverpool und anderen Zentren entstanden ist, angesichts des fast allgemeinen Verlangens seitens unserer Mitglieder nach einem Aufruf zu sofortiger Arbeitseinstellung, hiermit einstimmig beschließen, den Eisenbahngesellschaften eine 24stündige Frist anzubieten, sich zu entscheiden, ob sie bereit sind, sofort mit Vertretern der Organisationen zusammenzukommen, um über eine Grundlage zu verhandeln, auf der die Streitfälle, welche die verschiedenen Grade berühren, beigelegt werden können. Sollte dieses Anerbieten zurückgewiesen werden, so gibt es keine Alternative, als dem Verlangen zu entsprechen, das jetzt nach einem allgemeinen Streik der Eisenbahner erhoben wird." Zugleich wurde in einer zweiten Resolution „die unüberlegte und erbarmungslose Aktion der Polizei" verurteilt, die allein an dem Vorfall auf St. George's Plateau am Sonntag schuld gewesen sei, und darauf hingewiesen, „daß die gegenwärtige Unruhe nicht auf einen Hafen beschränkt ist, wo Polizei und Militär herbeigezogen werden können, um unschuldige Menschen niederzuschlagen und zu erschießen, sondern die Gesamtheit der Arbeiterkräfte Großbritanniens durchdringt" [1].

Dieses Ultimatum, dem keine der zahlreichen Maßnahmen vorausging, die in den Statuten der A.S.R.S. vorgesehen sind, ehe eine Streikerklärung folgen soll, erreichte die Eisenbahngesellschaften am Mittwoch, den 16. August morgens, es lief also am Donnerstag ab. Die Eisenbahngesellschaften hatten schon tags zuvor ihre Stellung dahin präzisiert, daß sie an dem Einigungsabkommen von 1907 festhalten und sich auf keinerlei Verhandlungen darüber einlassen wollten. Nur noch 24 Stunden schienen das Land von einem Generalstreik der

[1] Railway Review, August 18th 1911.

Eisenbahnen zu trennen, ein Ausblick, den die „Times“ „einen so ungeheuerlichen Vorschlag nannte, daß es schwer sei, zu glauben, daß nicht irgendein Irrtum vorläge“.

3. Eingreifen der Regierung.

In dieser für das gesamte Wirtschaftsleben kritischen Situation griff die Regierung, ähnlich wie 1907 und wie kürzlich bei den Kämpfen im Transportgewerbe, vermittelnd ein. Nach dem Ultimatum der Eisenbahner trat sie mit Vertretern beider Parteien in Verbindung. Die Exekutivausschüsse wurden telegraphisch von Liverpool nach der Hauptstadt berufen. Über das Ergebnis der Besprechungen wurde die Öffentlichkeit nicht informiert, aber an demselben Tage gab der Schatzkanzler Lloyd George im Unterhause eine Erklärung dahin ab, „daß die Regierung die Eisenbahnen beschützen werde“, zugleich werde sie aber auch dafür sorgen, daß den Arbeitern Gerechtigkeit in den Einigungsämtern widerfahre, doch sollten sie sich nicht die öffentliche Sympathie dadurch verscherzen, daß sie zu der Waffe des Streiks griffen, ehe alle Mittel der Einigung versucht seien.

Das Ultimatum der Trade Unions lief am Donnerstag ab, ohne daß diese ihre angedrohte Kriegserklärung in die Tat umgesetzt hätten, aber auch ohne daß die Eisenbahngesellschaften von ihrer Weigerung, mit den Gewerkvereinsbeamten zu verhandeln, abgegangen wären. Der Premierminister legte im Laufe der Verhandlungen den 41 Mitgliedern der Gewerkvereinsexekutiven folgende Fragen vor[1]:

1. Was sind die wirklichen Ursachen, auf die die Exekutivausschüsse ihre Aktion, die Herausgabe des Manifestes, gründen?
2. Was waren ihre wirklichen Beschwerden in Verbindung mit dem Einigungsabkommen von 1907?
3. Waren diese Beschwerden ernst genug, um die Aktion der Exekutiven zu rechtfertigen?
4. Konnten diese Beschwerden nicht in einer weniger drastischen Art abgestellt werden?
5. Könnten diese Beschwerden in der vorgeschlagenen Weise, durch einen allgemeinen Eisenbahnerstreik, abgestellt werden?

Die Antwort der Arbeitervertreter lautete: Zu 1 und 2: „Die Versäumnis der Eisenbahngesellschaften, den Geist und den Buchstaben des Einigungsabkommens von 1907 zu beobachten, und das völlige Unvermögen der Arbeitervertreter, die vielen Beschwerden abzustellen, über die sich die Arbeiter beklagen. Zu 3: Ja. Zu 4: Durch das gestern durch die

[1] Report of Proceedings under the Conciliation Act etc.

Ausschüsse den Eisenbahngesellschaften gemachte Anerbieten, mit den offiziellen Vertretern der Arbeiter zusammenzukommen. Zu 5: Ja. Unserer Meinung nach ist es der einzige Weg. Wir haben auch die Möglichkeit in Betracht gezogen, daß weitere Fragen gestellt werden, und wir sind einstimmig zu dem Schluß gekommen, daß der einzige Weg, der eine wirksame Methode zur Erhaltung des Friedens sein kann, der ist, daß die Gesellschaften einwilligen, mit uns zusammenzukommen".

Hierauf machte der Premierminister beiden Parteien den Vorschlag, daß die Regierung eine königliche Kommission einsetzen wolle, „um die Wirksamkeit des Einigungsabkommens zu prüfen, und darüber Bericht zu erstatten, was für Verbesserungen, wenn irgendwelche, wünschenswert an dem Verfahren sind, im Hinblick auf eine schnelle und befriedigende Beilegung von Differenzen". Die Zusammensetzung der Kommission sollte die strengste Unparteilichkeit gewährleisten, und sie sollte sofort mit ihrer Tätigkeit beginnen. Dieser Regierungsvorschlag wurde von den General Managers der Eisenbahngesellschaften angenommen, von den Gewerkvereinsvertretern jedoch abgelehnt mit folgender Begründung:

„Daß wir die Kundgebung der Regierung als eine unverantwortliche Drohung gegenüber den Eisenbahnarbeitern auffassen, die jahrelang wiederholt Gesuche an das Handelsamt und auch an das Parlament gerichtet haben, um eine Verbesserung des Einigungsverfahrens von 1907 zu erzielen und den Mechanismus so zu gestalten, daß die Beschwerden der Arbeiter abgestellt werden können; die andauernde Versäumnis des Handelsamtes, sein eigenes Verfahren zu bessern, und auch der Eisenbahngesellschaften, dem Verfahren eine unparteiische und gerechte Auslegung zu geben, ist u. M. nach die Hauptursache für die gegenwärtigen Unruhen, die nicht auf eine Gesellschaft oder einen Grad beschränkt, sondern allen gemeinsam sind. Wir wiederholen daher unsere Behauptung, daß die Arbeitnehmer der Eisenbahngesellschaften Anspruch auf dieselbe Behandlung seitens ihrer Arbeitgeber haben wie Arbeiter, die von anderen Arbeitgebern beschäftigt werden, und wie diese gemeinsame Versammlung schon die Arbeitgeber aufgefordert hat, mit uns zusammenzukommen, um die gesamte Lage zu diskutieren, sind wir der Meinung, daß die Angelegenheit beigelegt werden würde, wenn unser Anerbieten von ihnen angenommen würde. Wir weisen daher die Verantwortung zurück, die die Regierung versucht hat, auf uns zu legen, und fragen die Regierung S. M. ehrerbietig, aber fest, ob die Verantwortung der Eisenbahngesellschaften irgendwie geringer ist als diejenige anderer Arbeitgeber, und im vollen Bewußtsein der Tragweite des Schrittes, den wir unternehmen, fühlen wir uns gerechtfertigt, daß unsere Pflicht gegen die, welche wir vertreten, uns zwingt, das Anerbieten

der Regierung S. M. zurückzuweisen und widerstrebend auf den Beschluß dieser Versammlung vom letzten Dienstag zurückzukommen". Gleichzeitig erging an die Zweigvereine im ganzen Königreich die telegraphische Botschaft: „Eure Freiheit auf dem Spiele. Alle Eisenbahner müssen sofort streiken. Loyalität gegeneinander bedeutet Sieg" [1].

Am folgenden Tage erschien in der Railway Review folgendes Manifest: „Die bedeutungsvolle Stunde ist gekommen. Wenn die Eisenbahngesellschaften nicht bereit sind, ihren Angestellten das elementare, aber wichtige Recht einzuräumen, durch ihre Gewerkvereine vertreten zu werden, wird ein allgemeiner Eisenbahnerstreik stattfinden. Die Eisenbahner sind entschlossen, nicht länger Heloten zu sein. Ihre langen Jahre der Unterdrückung müssen beendet werden. Die Einigungsämter sind zusammengebrochen. Ihre Existenz in ihrer gegenwärtigen Form kann nicht länger geduldet werden. Sie sind zu Instrumenten der Unterjochung und zu Karikaturen der Gerechtigkeit und Billigkeit geworden. Sie müssen beendet oder verbessert werden. Die Menschen wollen frei sein, sogar die Eisenbahner".

4. Verlauf des Streiks.

Dem Aufruf der Gewerkvereine nach sofortiger Arbeitseinstellung leisteten ungefähr 145 000 Eisenbahner Folge. Der Streik und die dadurch verursachte Desorganisation des Verkehrs waren in den einzelnen Landesteilen in sehr verschiedenem Maße fühlbar; am meisten betroffen wurden die industriellen Grafschaften Yorkshire und Lancashire, sowie Süd-Wales und in London die Vorortbahnen, während auf den südlichen Bahnen und auf der Great Eastern, die agrarische Landstriche durchlaufen und deren Angestellte schwach organisiert sind, nur geringe Störungen eintraten. Die Zahl der Arbeitslosen wurde sehr schnell durch Arbeiter anderer Industriezweige vermehrt, die unfreiwillig infolge der Verkehrsstockungen feiern mußten, und deren Zahl bei längerer Dauer des Streiks zweifellos erheblich gewachsen wäre [2].

Besonders ernst war die Lage wegen der Begleiterscheinungen, die der Arbeitskampf der Eisenbahner zeitigte. Ähnlich wie bei den Unruhen der Transportarbeiter kam es zu Gewalttaten und Eigentumszerstörungen, die in England bei industriellen Kämpfen seit den Zeiten der Greuel von Sheffield Ende der sechziger Jahre sich nicht ereignet hatten.

[1] Railway Review, August 18th 1911.

[2] So schrieb z. B. der Polizeimajor von North Riding (Yorkshire) an das Home Office: „Sollte der Eisenbahnerstreik Wochen oder auch nur einige Tage dauern, so schätze ich, daß in den Distrikten von Middlesborough und Cleveland allein gegen 100 000 Bergleute, Eisenarbeiter und andere von nächstem Montag ab arbeitslos sein werden."

Die Korrespondenz, die während des Streiks zwischen dem Home Office und den lokalen Behörden geführt und später veröffentlicht worden ist[1], gewährt einen Einblick in die chaotischen Zustände, die in jenen Tagen an manchen Orten des Königreichs herrschten. Wie bei dem Transportarbeiterstreik war ein Teil der Gewalttaten das Werk von Hooligans, aber an anderen Orten waren die Streiker daran beteiligt, so wurde der Streik in Derby mit einem Sturm der Ausständigen auf einen Güterbahnhof eröffnet. Besonders häufig kam es im Anschluß an das Streikpostenstehen, „peaceful picketing", zu Zusammenstößen mit den Arbeitswilligen. So berichtet der Lordmayor von Sheffield, „daß ein Haufe Streikender, deren Zahl nicht feststeht, die Midlandlinie entlang von Normanton nach Cudworth (der Hauptverbindungslinie zwischen Sheffield und Leeds) marschiert sei und die Signalleute gezwungen habe, ihre Posten zu verlassen, und daß infolge dieses Vorgehens die Eisenbahnverbindung zwischen Sheffield und Leeds aufgehört habe".

Der Bürgermeister von Chesterfield legte vor Gericht, als er über die vorgekommenen Unruhen vernommen wurde, folgende Schilderung von den Vorgängen in dieser Stadt ab: „Gegen 11 ½ Uhr nachts am 19. des Monats erhielt ich eine telephonische Botschaft, daß ein Aufruhr auf der Midlandstation in Chesterfield im Gange sei. Ich begab mich nach dem Bahnhof und fand dort die Reisenden in einem sehr erregten und verängstigten Zustand. Der Bahnsteig war mit Blut bedeckt; verschiedene Personen waren auf Tragbahren ausgestreckt, und viele Eisenbahnbeamte und Polizisten litten an den Folgen von Schlägen und trugen die Zeichen schwerer Gewalttaten. Ich ging durch den Billetraum hindurch, den ich demoliert fand, jede Glasscheibe war mutwillig zertrümmert, und die Automaten in der Halle waren umgestürzt. Ich ging in den Fahrkartenraum und fand eine eiserne Platte, die durch die Tür geschleudert worden war, und es waren Zeichen vorhanden, als ob jemand versucht hätte, die Kasse zu plündern. Der Raum war mit Wasser überflutet. Ich ging in den Paketraum, der ganz in Unordnung war, jedes Fenster war zerbrochen. Ich ging die Corporation Street hinunter, wo ich den Chief Constable mit einer Reihe von Schutzleuten traf. Dort war eine Menge von Menschen, die sich von dem Bahnhofshotel an die Straße hinaufzog, soweit man sehen konnte. Ich schätzte ihre Anzahl auf 2000 und mehr. Ich hörte das Geräusch von zerbrochenem Glas, viel Schreien und Lärmen. Die Steine regneten die Straße herunter, und die Polizei war völlig außerstande, der Unruhe Herr zu werden. Ich kehrte zur Station zurück und telephonierte nach Barrow Hill, wo

[1] Vergl. oben S. 51.

Truppen stationiert waren, damit diese nach Chesterfield geschickt würden. Darauf telephonierte ich nach York und Derby nach Truppen. Innerhalb von 1 1/2 Stunden erhielten wir den Teil einer Kompanie von Stavely. Unterdessen hatte die Polizei zwei Stockangriffe in der Straße gemacht und verschiedene Ruhestörer arretiert. Die Polizei fing an, erschöpft zu werden. — Sofort nach Ankunft des Militärs zog sich die Polizei nach dem Ausgang der Straße zurück. Das Militär kam dann in den Vordergrund, und das Signal ertönte, worauf ich die Proklamation in dem Aufruhrgesetz durch ein Megaphon verlas. Während der Vorlesung trat eine Dämpfung des Tumultes ein. Sofort nach Verlesung der Proklamation verzog sich ein beträchtlicher Teil der Menge. Während des Verlesens wurde ich mit Steinen angegriffen, ich hatte Deckung hinter einem Zaun gesucht, wo sie mich nicht erreichen konnten. Ich befahl dem befehlhabenden Offizier, auf die Menge zu feuern, während noch Steine geworfen wurden. Er entschied sich jedoch für einen Angriff mit gesenkten Bajonetten. Sie gingen den Hügel in die Höhe vor und machten dann Kehrt, während die Menge wegrannte und sich in die Seitenstraßen verstreute. Die Schutzleute hinter ihnen wurden sofort mit Steinen von den Seitenstraßen aus angegriffen, und wir fürchteten, daß die Menge Kehrt machen und auf die Bahnhöfe losstürzen würde. Die Truppen rückten dann nach der Ecke von Stephenson Memorial Hall vor, wo sie der Menge gegenüber Aufstellung nahmen. Es mochte 2 Uhr nachts sein, am 20. August. Die Truppen trafen um 12 Uhr 40 Min. nachts ein. Die Menge fuhr eine Weile mit Schreien fort, und ich schickte nach der Polizei. Sie kehrte zurück und machte noch einen Stockangriff, und die Menge begann sich zu zerstreuen und zerbrach dabei viele Fenster. Um 1/2 5 Uhr ging ich durch den Ort. Ich fand die Spiegelglasfenster fast in jedem Laden in Corporation Street zerbrochen, darunter auch die von Messrs. Eyres, Messrs. White und die des Bahnhofshotels. Verschläge und Gitter waren heruntergerissen worden. Bei Wingfield, einer Baufirma, war eine Anzahl Kaminsimse heruntergerissen und als Wurfgeschosse gebraucht worden. Eine Anzahl Verhaftungen wurden von der Polizei vorgenommen. Ich konnte von keinem der Gefangenen identifizieren, daß ich gesehen hätte, wie er Gewaltakte beging. Die besonders eingeschworene Polizei der Midlandbahn rettete jedenfalls die Situation, soweit es sich um Schaden an dem Stationsgebäude handelte. Ich habe niemals Chesterfield in einem so furchtbaren Zustand gesehen, wie er am Sonnabend, den 19. des Monats, nachts herrschte“ [1].

In Lincoln fand an zwei aufeinanderfolgenden Nächten

[1] Correspondence between the Home Office etc.

ein zweistündiger Straßenkampf statt, bei dem der Mob den Eisenbahnübergang der Great Northern Railway besetzte, einen Signalposten stürmte und den Signalmann daraus vertrieb, in der zweiten Nacht wurde der Bahnhof der Midland Railway gestürmt und beschossen.

Ähnliche Vorgänge ereigneten sich an zahlreichen anderen Plätzen; nach den Angaben, die der Minister Churchill im Unterhaus machte, wurden während der 48 stündigen Dauer des Eisenbahnerstreiks 9 Versuche gemacht, die Schienenwege zu zerstören und Züge zu demolieren, 6 Attacken auf Bahnhöfe und viele mehr auf einzelne Posten unternommen, an verschiedenen Plätzen wurden Telegraphendrähte zerschnitten und Weichen blockiert. Zu den schwersten Zusammenstößen kam es in Süd-Wales, wo lokale Verhältnisse und das stürmische nationale Temperament revolutionäre Ausbrüche begünstigen. Die Bewegung, an der die Eisenbahner selbst nur wenig beteiligt waren, artete dort schließlich in antisemitische Hetzereien aus, die in einigen Bergdörfern zur Plünderung jüdischer Läden und Häuser führten.

5. Verhandlungen und Beilegung des Kampfes.

Die Erklärung des Generalstreiks am 17. August bedeutete keinen Abbruch der Verhandlungen. Am Donnerstag hatte die Labour Party, die bis jetzt bei den Arbeitskämpfen im wesentlichen eine reine Zuschauerrolle gespielt hatte, im Parlament ein Mißtrauensvotum gegen die Regierung angekündigt, einmal weil diese durch Gewährung militärischen Schutzes die Aufrechterhaltung des Eisenbahnbetriebes ermögliche und damit für die Gesellschaften Partei genommen habe, und ferner wegen des Vorschlages, die Eisenbahner durch Einsetzung einer Kommission zur zeitweiligen Aufgabe ihrer Forderungen veranlassen. Hierin sei nichts als ein Verschleppungsmanöver zu erblicken. Demgegenüber erklärte der Schatzkanzler, daß die Regierung nicht eine große und langsam arbeitende Kommission vorgeschlagen habe, sondern „ein kleines Komitee, eine Kommission von 3 Personen“ [1], deren Namen am folgenden Tag bekanntgegeben werden sollten, und die ihre Tätigkeit sofort beginnen würde. Die Interpretation des Regierungsvorschlages seitens der Arbeiterführer beruhe auf einem Mißverständnis. Nach dieser Erklärung zog der Führer der Arbeiterpartei, Ramsay Mac Donald, das beantragte Mißtrauensvotum zurück.

Nach der Streikerklärung fanden am 18. und 19. August weitere Verhandlungen statt, ohne daß zunächst ein Resultat

---

[1] Parliamentary Debates, August 18th 1911.

erzielt worden wäre. Beide Parteien gingen nicht von ihrem Standpunkt ab, die Gewerkvereinsführer erklärten sich außerstande, den Regierungsvorschlag anzunehmen, die Vertreter der Eisenbahngesellschaften wiesen nach wie vor jede direkte Verhandlung mit den Gewerkvereinsführern zurück. Am 19. August, dem dritten Tage des Streiks, erklärten sich jedoch, augenscheinlich unter starkem Drucke der Regierung, die Eisenbahngesellschaften bereit, zwei ihrer Vertreter zu einer gemeinsamen Konferenz im Handelsamt mit den Gewerkvereinsführern zu delegieren, jedoch unter der ausdrücklichen Verwahrung, daß bei diesem Zugeständnis ein Ausnahmefall und keine prinzipielle Anerkennung der Gewerkvereine vorliege. Die Delegierten der Gesellschaften waren Sir Guy Granet, General Manager der Midland Railway, und Mr. Claughton, Chairman der London & North Western Railway. Die Konferenz, an der außer den Vertretern der beiden Parteien von seiten der Regierung der Schatzkanzler, der Handelsminister, Sir George Asquith und Sir H. Llewellyn Smith und außerdem Mr. Ramsay Mac Donald teilnahmen, dauerte von 3 Uhr nachmittags bis 11 Uhr nachts; ihr Ergebnis war ein Abkommen, das sofort in Kraft treten sollte und von den Vertretern beider Parteien sowie von den anwesenden Regierungsvertretern unterzeichnet war. Der Streik sollte sofort für beendet erklärt werden, und die Gewerkvereinsführer verpflichteten sich, ihr Mögliches zu tun, um die Eisenbahner zur sofortigen Wiederaufnahme der Arbeit zu veranlassen, während die Eisenbahngesellschaften sich bereit erklärten, die Streiker sämtlich ohne Nachteil für ihr Dienstverhältnis wieder einzustellen. Alle zwischen den Eisenbahngesellschaften und ihrem Personal schwebenden Streitfragen sollten unverzüglich den Einigungsämtern vorgelegt werden, soweit diese dafür zuständig waren; außerdem sollte sofort eine von der Regierung ernannte Königliche Kommission zusammentreten, „um die Wirksamkeit des Eisenbahneinigungs- und Schiedsverfahrens zu untersuchen, das seitens der hauptsächlichen Eisenbahngesellschaften und der drei Gewerkvereine der Eisenbahnangestellten im Handelsamt am 6. November 1907 unterzeichnet worden ist, und darüber Bericht zu erstatten, was für Änderungen (wenn überhaupt welche) wünschenswert erscheinen im Hinblick auf eine schnelle und befriedigende Beilegung der Differenzen". Die amtliche Mitteilung, in der das Abkommen bekanntgegeben wurde, schloß mit folgenden Worten: „Beide Parteien haben Versicherungen abgegeben, die Ergebnisse der Kommission anzunehmen". Gleichzeitig versprach die Regierung den Eisenbahngesellschaften in der nächsten Parlamentssession einen Gesetzentwurf einzubringen, in dem den Gesellschaften Tariferhöhungen gestattet wurden, durch die sie sich bis zu einem gewissen Grade durch die ihnen

aus Lohnerhöhungen erwachsenden Mehrausgaben schadlos halten konnten[1].

In derselben Nacht, in der das Abkommen geschlossen worden war, erging von den Gewerkvereinen folgende Siegesdepesche in das Land: „Der vereinigte Ausschuß hat den Streik beigelegt. Ein Sieg des Trade Unionismus auf der ganzen Linie. Arbeiter müssen sofort zur Arbeit zurückkehren." Die Wiederaufnahme der Arbeit erfolgte im allgemeinen schnell, abgesehen von einigen Schwierigkeiten, die sich bei Wiedereinstellung der Streiker ergaben. Nur auf der Nord-Ost-Bahn dauerte der Streik länger, was um so bemerkenswerter war, als diese Bahn nicht in dem Abkommen von 1907 einbegriffen war und die Gewerkvereine anerkannte, gegen sie also der Hauptgrund des Streiks wegfiel. Noch am 16. August erklärte der Sekretär der Einigungskonferenz, der gleichzeitig Beamter der A.S.R.S. ist, das Parlamentsmitglied Hudson öffentlich in Newcastle, daß die zur Diskussion stehenden Fragen die Nord-Ost-Bahn nicht beträfen, daß sie das allein richtige Einigungsverfahren für die Eisenbahner besäße, und daß augenblicklich kein Streit zwischen den Angestellten und der Gesellschaft vorläge. Am 17. August legten nach Empfang des Streikaufrufs von der Exekutive in London die Angestellten auf dem ganzen System die Arbeit nieder, ohne daß eine Streikerklärung an die Gesellschaft vorangegangen wäre. Bei den Verhandlungen im Handelsamt war die Nord-Ost-Bahn nicht vertreten, die Folge war, daß auch die Wiederaufnahme der Arbeit nicht nach Abschluß des Friedens erfolgte, sondern erst einige Tage später, nachdem die Gesellschaft die Wiedereinstellung aller Streiker zugesichert hatte.

So war es der geschickten und unermüdlichen Vermittlertätigkeit der Regierung, namentlich des Schatzkanzlers, Lloyd George und des Handelsministers Buxton gelungen, von der englischen Volkswirtschaft die schwere Schädigung abzuwenden, die ihr unzweifelhaft aus einer längeren Dauer des Eisenbahnerstreiks erwachsen wäre. Diese Gefahr kann in einem Lande wie England, das namentlich in seinen Industriedistrikten in der Versorgung mit Nahrungsmitteln und Rohstoffen und in dem Absatz seiner Industrieprodukte auf die Dienste der Eisenbahnen angewiesen ist, kaum übertrieben werden. Mit Recht sagte der Minister des Inneren Churchill während der Krise im Unterhaus: „Hätte der Streik eine Woche gedauert in der Art, wie seine Urheber ihn augenscheinlich planten, d. h. wäre es eine Woche lang gelungen, einen vollkommenen Stillstand der Züge nach jenen Gebieten herbeizuführen, so hätte ein völliges Aufhören der Industrie

[1] Vergl. Report of Proceedings under the Conciliation Act etc. p. 69 fg.

eintreten müssen. Jedermann wäre arbeitslos geworden. Jede Mühle, jedes Bergwerk, jede Fabrik hätte geschlossen werden müssen. Hätte der Stillstand 14 Tage gedauert, so wäre m. E. sicher in zahlreichen Plätzen zu einem völligen Mangel an Beschäftigung absolute Hungersnot getreten. — In jenem großen Rechteck des Industrialismus, von Liverpool und Manchester im Westen nach Hull und Grimsby im Osten, von Newcastle herunter nach Birmingham und Coventry im Süden, in diesem großen Viereck, welches, glaube ich, von 15—20 Millionen Menschen bewohnt wird, intelligenten, hart arbeitenden Menschen, die unsere Industrie an die Spitze der Welt gestellt haben, würde eine Fortdauer des Eisenbahnstreiks so gut wie gewiß eine schleunige und sichere Degeneration aller Mittel erzeugt haben, auf denen die soziale und wirtschaftliche Struktur und das Leben des Volkes beruhen. Wenn er nicht beendet worden wäre, so hätte er die Gesamtheit dieses großen Gemeinwesens in einen Abgrund des Schreckens gestoßen. Lassen Sie mich das Haus daran erinnern, daß, ehe der Eisenbahnstreik begann, wir eine längere Unterbrechung der Nahrungsmittelzufuhr von Liverpool und Manchester hatten, die Häfen auf der anderen Seite waren durch den Eisenbahnerstreik geschlossen und die Linien vom Norden nach dem Süden abgeschnitten. Ich bin sicher, daß das Haus einsehen wird, daß keine Blockade durch einen fremden Feind in so wirksamer Weise einen schrecklichen Druck auf die Bevölkerungsmasse hätte ausüben können, als die wirksame Sperrung jener großen Häfen, verbunden mit einer Lähmung des Eisenbahndienstes". Nachdem sich die Regierungsvertreter mit derartigen Darlegungen gegenüber den heftigen Angriffen, die von seiten der Arbeitermitglieder des Unterhauses wegen der Verwendung von Militär in dem Eisenbahnerstreik gegen sie gerichtet wurden, gerechtfertigt hatten, ging das Parlament auseinander, dessen Vertagung wegen des Streiks mehrere Male aufgeschoben worden war. Die Königliche Kommission wurde am 22. August eingesetzt und begann ihre Arbeit am folgenden Tage. Ehe ihre Tätigkeit und der weitere Verlauf der Ereignisse geschildert werden, ist es interessant, die Haltung der Regierung und der übrigen politischen Faktoren während der inneren Krise, die durch den Eisenbahnerstreik veranlaßt war, etwas näher zu betrachten.

Für die Haltung der Regierung während des Arbeitskampfes der Eisenbahner waren Momente der äußeren wie der inneren Politik bestimmend. Die auswärtige Lage war in jenen Tagen vom Marokkokonflikt beherrscht, der einem kriegerischen Ausgange zuzutreiben schien; es mußte deshalb der Regierung alles

daran gelegen sein, den Streik zu beenden, der eine völlige Desorganisation des Verkehrs im Innern hervorrief und die Verbindung nach den Häfen vielfach abgeschnitten hatte. Einerseits verbot jedoch die Rücksicht auf die Arbeiterpartei, auf deren Unterstützung die liberale Regierung angewiesen ist, energische Maßnahmen zur Unterdrückung des Streiks, während anderseits die Eisenbahngesellschaften beharrlich an ihrer Weigerung festhielten, mit den Vertretern der Gewerkvereine zu verhandeln. Erst nachdem die Minister in dieser Zwangslage einen sehr starken Druck auf die Gesellschaften ausgeübt hatten, gaben diese ihre unnachgiebige Haltung auf und fanden sich bereit, mit den Gewerkvereinsführern in Besprechungen zu treten, deren Ergebnis das im Text erwähnte Abkommen war.

Im Schlußkapitel gelangen die Ereignisse nach dem Streik, insbesondere die Tätigkeit der Königlichen Kommission zur Darstellung. Ein von ihr entworfenes neues Einigungsverfahren stieß auf scharfen Widerstand bei den Gewerkvereinen, der weniger von den führenden Beamten ausging als von den revolutionären Elementen in den Reihen der Mitglieder. Angesichts der drohenden Gefahr eines neuen Eisenbahnerstreiks griff das Parlament ein und erzwang nochmals Verhandlungen zwischen den Parteien, die schließlich zur Annahme des Kommissionsentwurfes mit geringen Änderungen führten.

Mit einem Hinweis auf die scharfen Parteiungen, die gegenwärtig im englischen Gewerkvereinswesen bestehen, und auf die hieraus den Methoden der kollektiven Vertragschließung erwachsenden Gefahren wird das Ergebnis der Arbeit dahin zusammengefaßt, daß sich England heute in einer neuen Periode schroffster Klassengegensätze und schwerer sozialer Kämpfe befindet, über die ein abschließendes Urteil noch nicht möglich ist, als deren wesentlichen Züge aber die auf der Arbeiterseite auftretenden neuen Ideenrichtungen und ungewöhnliche Reaktionserscheinungen auf seiten der Gesamtheit bezeichnet werden müssen.

Lebenslauf.

Ich wurde am 24. Juli 1888 in Jena als Tochter des Privatdozenten in der medizinischen Fakultät Dr. Georg Leubuscher und seiner Frau geb. Vermehren geboren. Ich bin evangelischer Konfession. Von meinem 10. bis 15. Jahre besuchte ich die Töchterschule in Meiningen, wohin mein Vater als Medizinalreferent im Ministerium und Direktor des dortigen Krankenhauses berufen worden war, und nahm nach Beendigung der Schulzeit anderthalb Jahre lang am Unterricht des Meininger Lehrerinnenseminars teil. Nach zweijähriger privater Vorbereitung in Latein, Griechisch und Mathematik trat ich zu Ostern 1907 in die Unterprima des Gymnasium Bernhardinum zu Meiningen ein und legte zwei Jahre später an dieser Anstalt die Reifeprüfung ab.

Hierauf studierte ich Geschichte und Staatswissenschaften an den Universitäten Cambridge, wo ich Schülerin von Girton College war, Gießen, München und Berlin, auch hörte ich Vorlesungen an der Berliner und an der Münchener Handelshochschule.

Durch die Studienzeit in Cambridge und durch einen darauffolgenden mehrwöchigen Aufenthalt in England und Schottland auf das Studium englischer Verhältnisse hingewiesen, beschäftigte ich mich seit dem Sommer 1911 speziell mit der englischen Arbeiterfrage. Ein zehnwöchiger Studienaufenthalt in England im Sommer 1912 bot mir Gelegenheit, meine Kenntnisse über diesen Gegenstand zu erweitern und neuen Stoff darüber zu sammeln. Im Winter 1912/13 unterbrach ich mein Universitätsstudium und widmete mich der Ausführung vorliegender Arbeit. Am 3. Juli 1913 bestand ich die Doktorprüfung magna cum laude vor der philosophischen Fakultät der Kgl. Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin.

Charlotte Leubuscher.

Altenburg
Pierersche Hofbuchdruckerei
Stephan Geibel & Co.